

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 2.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 11. Januar 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel. Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

## Wahrheit.

Nach der Wahrheit will ich streben!  
Weil mit blutig rotem Flügel  
Heute über Berg und Hügel  
Tausend Lügengeister schweben.  
Weil mit dreimal frechen Händen  
Sie den Tag in Nacht verschänden,  
Falsche Runenstäbe kerben!  
Für die Wahrheit will ich sterben!

Eichert.

## Die ideelle Bedeutung der christlichen Gewerkschaften.

e. Die christlichen Gewerkschaften sind wirtschaftliche Organisationen. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die Arbeitsverhältnisse zugunsten der Arbeiter zu beeinflussen, diesen einen gerechten Anteil an den Erträgen der Volkswirtschaft zu verschaffen und die die körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte beeinträchtigenden Gefahren der Berufsarbeit möglichst zu beseitigen. Daneben suchen sie ihren Mitgliedern auch sonst in den Wechseljahren des Lebens, so bei Krankheit, Arbeitslosigkeit u. dergl., durch Gewährung einer Unterstützung unter die Arme zu greifen. Ihre Leistungen sind also vorwiegend materieller Natur. Trotzdem wäre es vollständig verkehrt, die Vorteile ideeller Natur, die die christlichen Gewerkschaften ihren Mitgliedern bieten, zu unterschätzen. Leider geschieht dies nur allzu oft. Es dürfte darum angebracht sein, einige dieser ideellen Vorteile und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft wieder einmal hervorzuheben.

Wir nennen da zunächst die

### Ausgestaltung des Arbeitsvertrages,

die die christlichen Gewerkschaften erstreben. Die Alleinherrschaft des Unternehmers soll beseitigt und dem Arbeiter bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Das haben wir vielfach schon erreicht. In einzelnen Gewerben werden die Arbeitsbedingungen bereits tariflich von Organisation zu Organisation festgelegt. So vollzieht sich dank der Einwirkung der gewerkschaftlichen Organisation in unserm gewerblichen Leben mehr und mehr ein Umbildungsprozeß von größter Bedeutung. Anstelle der früher vorhandenen Willkür und Anarchie kommt mehr Planmäßigkeit und Zweckmäßigkeit in die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Diese Entwicklung ist für den Arbeiter nicht nur materiell, sondern auch ideell von größter Bedeutung. Aus dem früheren unfreien und abhängigen, auf das Wohlwollen seines Arbeitgebers angewiesenen Arbeiters, wird ein sich seines Wertes und seines Rechtes bewußter, dem Unternehmer gegenüber gleichberechtigter Vertragskontrahent. Er wird das um so eher und in um so höherem Maße, je rascher und kraftvoller sich seine Berufsorganisation entwickelt. Um die Bedeutung dieser wirtschaftlichen Freiheit und Unabhängigkeit richtig würdigen zu können, genügt ein Vergleich mit den Verhältnissen, wie sie früher bestanden und in organisationslosen Industriegebieten heute noch bestehen. Kein denkender Arbeiter wird diese Verhältnisse zurückwünschen oder sie als ideal bezeichnen.

Aber nicht nur die Stellung der Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber, auch

### die Stellung der Arbeiter zueinander.

hat sich dank der gewerkschaftlichen Organisation wesentlich geändert. Gewiß! Neid, Mißgunst, Schaden-

freude und Angeberei werden nie ganz auszurotten sein. Zweifellos sind diese Untugenden aber bei organisierten Arbeitern weit weniger zu treffen, wie in den Reihen der Unorganisierten. Die Organisation führt die Arbeiter zusammen. Sie lernen sich kennen und schätzen und sich gegenseitig vertrauen. In der Organisation werden die erwähnten Untugenden, sofern sie sich bemerkbar machen, bekämpft und der Solidarität, der Zusammengehörigkeit der Arbeiter das Wort geredet. Darum werden organisierte Kollegen und Kolleginnen sich in der Regel schon persönlich ganz anders gegenüberstehen wie unorganisierte. Während diese sich sehr oft selbst Mergel und Verdruß bereiten, werden die organisierten Arbeiter bestrebt sein, sich durch kollegiales Verhalten und gegenseitiges Sichaus Helfen die Arbeit und damit auch das Leben zu erleichtern.

Der organisierte Arbeiter wird auch — sofern er den Gewerkschaftsgedanken richtig erfaßt hat — in der Vertretung wirtschaftlicher Interessen nicht nur an sein persönliches „Ich“ denken. Ihn wird im Gegenteil der Gedanke der Standesolidarität befeelen. Er wird es als seine Pflicht erachten, auch die Interessen seiner Mitkollegen und Kolleginnen mit Rat und Tat zu schützen und zu fördern, gemäß dem Grundsatz: Alle für einen und einer für alle. Hierbei wird ihn das Bewußtsein leiten, zunächst den eigenen Interessen, die ja mit denen der Gesamtheit identisch sind, einen großen Dienst geleistet und zugleich wertvolle Nächstenliebe geübt zu haben.

Das Vertrauen, das sich die organisierten Arbeiter entgegenbringen, das Gefühl der Solidarität, das sie befeelt, löst wiederum bei jedem einzelnen ein gewisses Selbstbewußtsein, ein Vertrauen auf die eigene Kraft aus. Der Arbeiter weiß, daß er nicht mehr einsam und verlassen dasteht, daß er seinen Mitarbeitern vertrauen, sich auf sie verlassen kann. Unwillkürlich trägt er den Kopf höher, sein Blick wird freier. Die gewerkschaftliche Organisation hat ihn zu einem anderen Menschen gemacht.

Auch die

### Entfaltung unserer Geisteskräfte

verdanken wir neben den konfessionellen Vereinen zu einem guten Teil der gewerkschaftlichen Organisation. In manchen Gegenden waren es die christlichen Gewerkschaften in erster Linie, die die unter der Arbeiterschaft schlummernden geistigen Kräfte geweckt und zur Entfaltung gebracht, die mit großen Opfern und unendlicher Mühe und Arbeit die Arbeitermassen aus ihrem Stumpfsein und ihrer dumpfen Hoffnungslosigkeit ausgerüttelt und die wirtschaftlichen Voraussetzungen zum geistigen und sittlichen Aufstieg dieser Arbeitermassen geschaffen haben. Und wenn sich aus den Reihen der christlich-nationalen Arbeiterschaft in den letzten Jahren immer mehr tüchtige und intelligente führende Kräfte herausentwickelten, so ist auch das in hohem Maße auf die geistigen Werte zurückzuführen, die unsere christlichen Gewerkschaften der Arbeiterschaft vermittelt haben.

Gerade diese Wirkung der Gewerkschaftsarbeit aber ist für den Arbeiterstand von geradezu eminenter Bedeutung. Ohne diese geistige Aufwärtsentwicklung des Arbeiterstandes wären die erzielten wirtschaftlichen Erfolge kaum erreichbar gewesen; wäre es der christlichen Arbeiterschaft nicht gelungen, sich in den bürgerlichen Parteien durchzusetzen und die Vertretung in den Parlamenten und Kommunen zu erlangen, die wir heute aufzuweisen haben. Ohne sie hätten wir auch nicht die Tausende von tüchtigen Arbeitervertretern in den sozialen Institutionen. Der geistige Aufstieg der Arbeiterschaft ist für sie Vorbedingung zur Erlangung der Gleichberechtigung auf allen Gebieten. Ein geistig gehobener Arbeiterstand wird nicht nur im wirtschaftlichen und öffentlichen, sondern auch im gesellschaftlichen Leben ganz anders bewertet wie ein geistig minderwertiger. Das trifft auch auf den einzelnen

Arbeiter als Person zu. Diese Erfahrung kann man tagtäglich machen, besonders im Verkehr mit den Behörden, Gerichten und dergl. Dem organisierten, gebildeten und geschulten Arbeiter tritt man ganz anders gegenüber, wie dem unwissenden, geistig rückständigen. Nicht zu vergessen ist ferner noch, daß durch die Geistesbildung sowohl das persönliche wie auch das Familienleben des Arbeiters an Inhalt gewinnt, und daß ein geistig fortgeschrittener Arbeiter seinen Kindern in der Regel auch eine ganz andere Erziehung zu geben vermag, wie einer, der interesselos und gleichgültig in den Tag hineinlebt.

Endlich verdanken wir den christlichen Gewerkschaften auch die

### Achtung unserer religiösen und parteipolitischen Ueberzeugung

durch unsere sozialdemokratischen Gegner. Es wird wohl kaum nötig sein auszumalen, wie es damit auf den Bauten, in den Werkstätten und Betrieben ohne das Vorhandensein starker christlicher Organisationen stände. All die Terrorismusfälle, die Erfahrungen, die unsere Kollegen und Kolleginnen im Verkehr mit den Genossen tagtäglich machen, reden ja eine recht deutliche Sprache. Die christlichen Gewerkschaften liefern uns neben den konfessionellen Vereinen das geistige Rückstützmittel im Kampfe mit den Genossen. Ohne sie würde es den sozialdemokratischen Organisationen bald gelingen, das von ihnen so sehr erstrebte Monopol auf dem Arbeitsmarkt zu erringen und auch die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft in ihre Gewerkschaften hineinzuzwingen. So werden die christlichen Gewerkschaften auch ein Schutz und Schirm unserer persönlichen Freiheit.

Heben wir in der Agitation für unsern Verband auch diese Lichtseiten der gewerkschaftlichen Organisation gebührend hervor. Ebenso sind unsern Mitgliedern neben den materiellen, die erwähnten ideellen Vorteile der christlichen Gewerkschaften immer wieder vor Augen zu führen. Es hat dies zur Folge, daß unsere Kollegen und Kolleginnen die Organisation auch dann zu schätzen wissen, wenn es dieser nach Lage der Verhältnisse nicht gleich möglich ist, deren Streben nach materieller Aufbesserung ganz oder auch nur teilweise zu befriedigen. Ein Arbeiter, der den vollen Wert der Organisation erfaßt hat, wird ihr stets und unter allen Umständen treu bleiben.

## Der Umschwung in dem Lebensmittelverbrauch und seine Folgen.

n. Die Lebensmittelversorgung ist auch zu einer „Frage“ geworden und zwar zu einer der dringendsten sozialen Fragen der Gegenwart. Reich, Staat und Gemeinden sind die drei bedeutendsten Faktoren, die hier eingreifen müssen. Durch die anlässlich der jüngsten Teuerung ergriffenen Maßnahmen ist zwar manches Gute und Wirksame geschehen, jedoch darf es damit nicht genug sein. Die Lebensmittelversorgung erfordert ein dauerndes Eingreifen. Aufgabe der interessierten Kreise, namentlich der Arbeiter ist es, dafür zu sorgen, daß der einmal ins Rollen gebrachte Stein nicht eher zum Stillen kommt, bis die Sache eine befriedigende Erledigung gefunden hat. Namentlich müssen die Gemeinden eindringlich ihrer Pflicht gemahnt werden. Es steht die Gesundheit, die Arbeits- und Wehrkraft weiter Volksschichten auf dem Spiele.

Die Lebensmittelversorgung hat ihren Kern in der Beschaffung relativ billiger Nahrungsmittel. Seit vielen Jahren stehen wir einem allgemeinen starken Steigen aller Lebensmittelpreise und dazu noch häufig wiederkehrenden krisenartigen Teuerungsperioden gegenüber. Wo liegen



die Ursachen des ständigen Anziehens der Lebensmittelpreise? Die Sozialdemokratie bringt alles auf die eine Formel: „Brotwucher“, „verruhter Wirtschaftspolitik“. So sicher es uns scheinen mag, daß die deutsche Zollpolitik nicht gänzlich schuldlos an der Teuerung ist, so sicher sind die Darstellungen der Sozialdemokraten über die Einwirkung des Zolles auf die Preisgestaltung sehr stark übertrieben. Es kommen für das ständige Anziehen der Preise eine ganze Menge von Gründen in Betracht, unter denen u. G. der Zoll mit an letzter Stelle zu nennen ist. Die Teuerung ist eine Frage des Verbrauchs, der Herstellung, des Handels, und endlich eine Frage des Zolles. Dabei lassen sich diese Punkte nicht immer streng voneinander halten, weil sie vielfach ineinander überlaufen.

Die Teuerung ist zunächst eine Frage des Verbrauchs. Der Verbrauch an Nahrungs- und Genussmitteln hat in einer ganz starken und schnellen Weise zugenommen. In Deutschland stieg die Zahl der Bevölkerung von 24,8 Mill. im Jahre 1816 auf 41,0 Mill. im Jahre 1870 und 65,0 im Jahre 1910. Noch heute nimmt Deutschland um rund 900 000 Menschen alljährlich zu. Die Bevölkerungsbewegung einiger wichtiger Länder ging also vor sich:

	1815	1910
Deutschland	25 Mill.	65 Mill.
Frankreich	30 „	39 1/2 „
Großbritannien u. Niederlande	19 „	45 „
Rußland	45 „	ca. 160 „
Oesterreich-Ungarn	30 „	49 1/2 „
Italien	16 „	35 „

Die Bevölkerungszunahme ist nicht in allen Staaten — so namentlich in Rußland nicht — ausschließlich auf eine natürliche Vermehrung, d. h. infolge eines Ueberflusses der Geburten über die Sterbefälle, sondern zum Teil auch auf eine Erweiterung der Landesgebiete zurückzuführen. Aber im allgemeinen sehen wir doch aus den Ziffern die Tatsache einer bedeutenden natürlichen Steigerung der Bevölkerung.

Der Verbrauch ist also bedeutend gestiegen; der Nahrungsmittelverbrauch hat sich verringert. Die gesteigerte Nachfrage nach Lebensmitteln mußte um so mehr eine Rückwirkung auf die Preise zur Folge haben, als die Erweiterung der Produktion nicht immer gleichen Schritt mit dem Wachsen des Verbrauchs hielt.

Die Steigerung der Bevölkerungsziffer ist namentlich auch zu beobachten in wichtigen Bauernländern, z. B. in Oesterreich-Ungarn, Rußland, mehr noch in den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Das hat zur Folge, daß in diesen Ländern ein immer größer werdender Teil der eigenen Produktion im Lande selbst verbraucht wird.

Oesterreich-Ungarn führte früher sehr viel Getreide nach Deutschland aus. Heute ist es infolge seiner Eigenversorgung in der Höhe der nach Deutschland Getreide einführenden Staaten kaum noch zu finden. Wir haben die Verhältnisse in der Baumwollindustrie vor uns. Weil das Baumwolllieferungsland Amerika infolge der bedeutenden textilindustriellen Entwicklung einen immer größeren Teil der selbst erbauten Baumwolle in den eigenen Fabriken verarbeitet, wird die Baumwolldeckung für Europa immer schwieriger, die Preise ziehen an, weil die Spannung zwischen Angebot und Nachfrage wächst. Die „Baumwollfrage“ hat mit ihrer Ursache in dieser Erscheinung. In der Nahrungsmittelversorgung bahnt sich eine ähnliche Entwicklung an.

Neben dieser erheblichen Veränderung in der Menge des Verbrauches haben wir auch einen vollständigen Umschwung in der Güte der Lebenshaltung zu verzeichnen. Der Umschwung in der Ernährungsweise des Volkes ist ein wesentlicher Grund für die Verteuerung vieler Lebensmittel. Die Ansprüche hinsichtlich der Ernährung des einzelnen sind ganz bedeutend gestiegen. Wenn diese Steigerung auch nicht vollständig zahlenmäßig erfaßt werden kann, so haben wir doch für einzelne Lebensmittel wichtige Zahlen nachweise. So betrug der Verbrauch von Weizen pro Kopf der Bevölkerung 1879 rund 50 Kilogramm, gegenwärtig aber 90 Kilogramm.

	1879	1910/11
Zucker	5 600 Gramm	19 000 Gramm
Kaffee	2 460 „	2 790 „
Katzen	42 „	750 „
See	19 „	61 „
Feringe	1 100 „	2 730 „
Meis	1 900 „	2 710 „
Süßfrüchte	610 „	4 090 „

Die Fleischerzeugung bzw. der Fleischverbrauch betrug pro Kopf der Bevölkerung: 1816: 16,6 Kilogramm, 1840: 21,6 Kilogramm, 1873: 29,3 Kilogramm, 1892: 32,5 Kilogramm, 1900: 43,4 Kilogramm, 1911: 48,3 Kilogramm. (Nach der Statistik des Kaiserlichen Gesundheitsamtes 53,7 Kilogramm.)

Es kann hierbei ununterbrochen bleiben, ob alle Schichten der Bevölkerung an dieser Steigerung gleichmäßig Anteil genommen oder ob die Steigerung nicht in der Hauptsache auf die bemittelten Klassen entfällt. Für uns kommt in diesem Zusammenhang nur die Tatsache der Steigerung in Betracht.

Die Menschen des beginnenden 19. Jahrhunderts brauchten weit weniger Nahrungsmittel, als wir heute brauchen. Sie waren genügsamer und mußten wegen des geringen Wohlstandes genügsamer sein. Dafür waren sie auch einer größeren Strenghaltung unterworfen, hatten im allgemeinen ganz andere Arbeiten zu leisten und arbeiteten größtenteils in freier Luft. Der Verbrauch der Kleinsten

war ein viel geringerer. Zwar mochte die Arbeit manchmal mehr ermüden als bei der modernen Produktionsweise, aber sie war nicht so nervenaufregend und nervenaufreibend. Kurz, welche Gründe auch wirksam geworden sein mögen für diese Steigerung der Lebenshaltung, Tatsache ist, daß sie in weitgehendem Maße eingetreten ist. Diese quantitative, besonders auch die qualitative Steigerung konnte nicht ohne Einfluß auf die Lebensmittelversorgungspolitik bleiben.

In obigen Ziffern kommt die Verfeinerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes zum Ausdruck. Der Weizenverbrauch steigt, weil anstelle des schmachhaften und guten deutschen Schwarzbrottes das Weißbrot tritt. Der Weizen dafür muß in steigenden Mengen aus dem Auslande eingeführt werden, weil die Weizenproduktion in Deutschland gar keine wesentlichen Fortschritte gemacht hat. Auch bezüglich des Fleisches sind die Ansprüche des Publikums im allgemeinen gestiegen. Die Hausfrau fragt in der Regel ein schönes, mageres Stück Fleisch; sie hat es nicht gerne einfach so vorweg geschritten, wie das früher allgemein der Fall war. Die Folge ist, daß der Metzger die minderguten Stücke nicht mehr so leicht los wird. Um zu seinem Gelde zu kommen und das Risiko zu vermindern, schlägt er die Preise für die besseren Stücke auf; dann folgt langsam ein Anziehen der Preise auch für die übrigen Fleischarten. Im Zusammenhange damit steht auch die Ausstattung der Metzgerläden. Wenn die Tafe nicht von Majolika, die Wände nicht von Marmor, wenn nicht 4—6 Lampen brennen, kein Telefon und Laufjunge vorhanden sind, dann ist der Zulauf des Publikums in der Regel schwach. Die organisierten Metzger schlagen die Kosten der Unterhaltung und der Ausstattung mit auf die Preise.

„Diese Steigerung der Lebenshaltung hat sich nicht auf die Städte beschränkt, sondern ist allwärts auf dem Lande zu bemerken. Während noch vor nicht zu langer Zeit beim Abendbrot und mancherorts auch bei den Zwischenmahlzeiten der Genuß von Kartoffeln eine wichtige Rolle spielte, ist dieser heute zum großen Teil durch Brot und andere Speisen ersetzt. Der Verbrauch von Weißbrot, der sich früher auf Sonn- und Festtage beschränkte, nimmt einen immer größeren Umfang an. Der Butterverbrauch steigt, und vor allem wächst der Fleischkonsum auch auf dem Lande ganz gewaltig an. Nicht nur, daß im Winter meist mehr Vieh von den Bauern eingeschachtet wird als früher, auch in den Sommermonaten entfällt die landwirtschaftliche Bevölkerung einen lebhaften Fleischkonsum. Den Lehteren aber deckt sie beim Metzger, da Hauschlachtungen im Sommer nicht möglich sind. Das ist wohl mit ein Grund, weshalb die Fleischnot immer in den Sommermonaten austritt, nicht aber im Winter. Die landwirtschaftliche Bevölkerung zählt nämlich immerhin ihre 18 vollen Millionen, die zur Erntezeit noch durch viele Tausende von Saisonarbeitern vergrößert werden. Während diese Menschenmasse, die annähernd 30 Prozent unseres Volkes ausmacht, im Winter keine nennenswerte Marktnachfrage nach Fleisch entfällt, steigert sie im Sommer die Nachfrage nach frischem Fleisch ganz enorm. Darum fallen die Zeiten der Fleischnot auch immer in den Sommer. Mit beginnendem Herbst und beginnender Eigenchlachtung in der Landwirtschaft läßt erfrischungsgemäß die Spannung stets wieder nach.“

Das ist eine Seite der Teuerungsfrage. Der Umschwung in den Verbrauchsverhältnissen ist ein Grund für die Verteuerung der Lebenshaltung. Ob der wichtigste, mag dahingestellt sein. Im engen Zusammenhange mit dem Verbrauch steht die Erzeugung. Darüber in dem folgenden Artikel.

## Wie sich die Nacher Textilgenossen blamieren.

II.

w. In den Kammern unseres Fachorgans vom 7. und 14. Dezember 1912, in welchen der Verlauf der Bewegung geschildert wurde, ist besonders darauf hingewiesen, daß der Arbeitgeberverband bei den gepflogenen Verhandlungen immer wieder auf die auswärtige Konkurrenz und deren geringe Löhne hingewiesen habe.

Das Flugblatt des „deutschen“ Verbandes faßt von der „Energielosigkeit des christlichen Verbandes“, der diese „Anreden der Fabrikanten einfach nachplappere“. Wir besprechen gar nicht, daß sich Unternehmer oftmals hinter die sogenannte auswärtige Konkurrenz verschangen, wenn es gilt, eine Lohnforderung abzuwehren. Dieses ist jedoch nicht der Fall gewesen bei den Verhandlungen über die angeführten beiden Fragen. Die Fabrikanten kamen da nicht mit „faulen Anreden“, wie das rote Flugblatt schreibt, sondern mit einem geradezu erdrückenden Zahlenmaterial aus solchen deutschen Tuchorten, wo der Verband „deutscher“ Textilarbeiter mit vielen Tausenden von Mitgliedern vertreten ist. Die Angaben der Fabrikanten sind vom christlichen Verbande in den Lausiger- und Sächsisch-Thüringischen Tuchorten nachgeprüft worden, und geradezu traurig lauten die Berichte unserer dortigen Kollegen über die Löhne in den roten Domänen. Es würde zu weit führen, all dieses Material hier anzuführen, es genügt einiges. Zudem bestätigt das sozialdemokratische Fachorgan in zahlreichen Berichten die uns gewordenen Angaben.

Ein Kollege schreibt, daß der Durchschnittslohn für Weber in Forst (Lausitz) pro Woche M. 17,50 betrage. Ein anderer Kollege aus demselben Orte schreibt:

„In Forst sind die Löhne noch etwas niedriger als in Cottbus. Die Wehrzahl der Betriebe beträgt pro 1000 Schuß 11 und 12 Pfg. Von 16 bis 21 Schuß werden 13, bei zwei Wehrzahlen 14 Pfg. gezahlt. Nur in einzelnen Betrieben werden 5 bis 6 Pfg. pro 100 Faden Knäpfgel gezahlt. Ich muß hier bemerken, daß Sonntagse oder Lohn-

tabellen man hier als auch in Cottbus überhaupt nicht kennt. Es heißt einfach pro 1000 Schuß 11 oder 12 Pfg., vereinzelt auch mehr. Sonstige Steigerungen gibt es überhaupt nicht, auch nicht bei Mustern. Da zählt man den gewöhnlichen Weblohn, sonst nichts. Dazu verarbeitet man hier sowohl als in Cottbus sehr schlechtes Material.“

In Spremberg beträgt der Durchschnittslohn für Weber 15 bis 17 M. pro Woche. In Sommerfeld ist derselbe noch schlechter.

Der „Textilarbeiter“ schrieb am 30. April 1909 Nr. 18 aus Greiz: „Betreffs des Artikels Drape sei noch mitgeteilt,

daß derselbe in Nachen bedeutend höher entlohnt wird. Infolgedessen ist die dortige Kollegenschaft sehr erbost über die hiesige Schmutzkonzurrenz.“

Der „Textilarbeiter“ schrieb ferner im selben Jahre: „Die vereinigten Webfabrikanten in Greiz hatten 1906/06 in 35 Webereibetrieben für 3 682 Weber und Weberinnen einen Durchschnittslohn von M. 13,09 pro Woche herausgerechnet.“

Von Gera heißt es in Nr. 44 des „Textilarbeiters“ (1. 11. 12.) „Die Geraer Weblöhne verglichen mit denen für dieselben Herrenstoffe in anderen Textilstorten, zeigen nur zu deutlich, daß Gera die größte Konkurrenz bringt.“

Den Vorwurf des Flugblattes, die christliche Verbandsleitung habe bei den Verhandlungen die örtlichen Lebensmittelverhältnisse nicht hervorgehoben, schenken wir den Genossen, da nur sie dazu imstande sind, solchen Unsinn zu verzapfen. Bekannt ist ja zur Genüge, daß der „deutsche“ Textilarbeiterverband immer entschieden hervorhebt, um die erbärmlichen Löhne in seinen Domänen zu entschuldigen, in Nachen seien die Lebensmittelpreise besonders hoch. Daß sie hoch sind, bestreitet niemand, jedoch sind sie in den oben genannten roten Domänen nicht minder hoch.

Auch hierfür liefert uns wieder der rote „Textilarbeiter“ die besten Beweise. In seiner Nr. 1 vom 5. 1. 1912, bringt er in einem Artikel „Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise“ interessantes Material aus der Oberlausitz. In einer vergleichenden Tabelle der Lebensmittelpreise der Jahre 1905 bis 1911 weist der „Textilarbeiter“ für 1911 Lebensmittelpreise für die genannte Gegend nach, die nicht um einen Pfennig niedriger sind, als sie zu derselben Zeit in Nachen waren.

Also auch diese ständig wiederkehrenden Hinweise fallen in sich selbst zusammen. Arme Genossen!

Wie unendlich beschämend für den Verband „deutscher“ Textilarbeiter wirken solche Tatsachen gegenüber der Behauptung in seinem Flugblatt, der christliche Textilarbeiterverband plappere dasjenige nach, was die Nacher Fabrikanten über auswärtige Konkurrenz anführten. Nur Bosheit oder Dummheit kann so etwas behaupten. Wir bemerken noch, daß alle oben genannten Orte Tuchburgen der Genossen sind.

Wie verhält es sich nun mit der vielgerühmten „Energie“ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, die derselbe anwendet, um die kläglichen Löhne in seinen Domänen aufzubessern? Dieses haben Anfangs November v. J. die Herrentuchweber einer Geraer Firma, die entschlossen waren, die miserablen Löhne in etwa aufzubessern, erfahren können. Sie forderten eine Lohn-erhöhung von etwa 15%. Die Firma bewilligte etwa 5%. Als die Weber an ihren Forderungen festhielten und in den Streik traten, kündigten 22 Firmen über 3000 Arbeitern. Die sozialdemokratische „Märkische Volksstimme“ (Nr. 258, 3. 11. 12.) berichtet, daß mit Rücksicht auf die momentane nicht günstige Geschäftslage die Arbeiter ihre Kündigung zurückgezogen hätten. Beide Gründe sind falsch. Die Geschäftslage in der deutschen Tuchindustrie war im November in allen Tuchorten eine günstige. Die Arbeiter zogen ihre Kündigung zurück, weil der sozialdemokratischen Verbandsleitung die berühmte „Energie“ abhanden gekommen war. Als die Fabrikanten 3000 Arbeiter ausperren wollten, da verlor die „Energie“ in alle Winde. Sie scheint sich ins rote Lager nach Nachen geflüchtet zu haben und zeigt sich hier in Gestalt eines elenden Wächters.

Derartige Wächchen finden jedoch keine Gnade bei dem gesunden Menschenverstande der Nacher Textilarbeiter.

## Umfang und Kosten der Heilbehandlung in der Invalidenversicherung.

r. In der vorigen Nummer ist in einem Artikel nachgewiesen worden, daß die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung mit recht beachtenswerten Erfolgen aufwarten kann. Und erfreulicher Weise zeigen die Ziffern über die Erfolge eine ständig steigende Tendenz.

So haben wir in der Invalidenversicherung auch mit einem andauernden Steigen der für die Heilbehandlung aufgewandten Kosten zu rechnen.

Seit dem Jahre 1897 bis zum Jahre 1911 einschließ-lich sind von den Versicherungsträgern im ganzen 856 917 Personen behandelt worden. Davon entfallen auf das Behandlungsjahr 1911 123 602 Versicherte. Die Statistik unterscheidet drei Krankheitsgruppen: Lungen- oder Kehlkopftuberkulose, Supus und andere Krankheiten. Ihre Beteiligung an den genannten Zahlen ergibt sich aus der nachstehenden Uebersicht.

Unter „ständiger“ Heilbehandlung wird hierbei jedes planmäßige Heilverfahren in Kranken- und Genesungshäusern, Heilstätten, Bädern oder auch in der eigenen Wohnung des Versicherten verstanden, unter „nichtständiger“ Heilbehandlung dagegen die Behandlung in der Sprechstunde des Arztes sowie alle einmaligen oder vorübergehenden Maßnahmen (Gewährung von Arzt, Arzneien, künstlichen Gliedern usw.).



Es sind behandelt worden wegen

Table with columns for 'Lungen- oder Kehlkopf-tuberkulose' (stänbig, nicht-stänbig), 'Supus', and 'anderer Krank-heiten' (stänbig, nicht-stänbig). Rows include data for years 1911 and 1912 for men and women.

Es ist sehr begreiflich, daß die Tuberkulose-ankstalten der Lungentuberkulose und der Tuberkuloseerkrankungen überhaupt ein besonderes Augenmerk widmen. Die hier angeführten Zahlen zeigen diese besondere Tuberkulose-fürsorge deutlich.

In der folgenden Uebersicht werden Umfang und Kosten, Ertragsleistungen und Angehörigenunterstützungen der gesamten Heilbehandlung seit dem Jahre 1897 dargestellt:

Table with 6 columns: 'Es sind behandelt im Jahre', 'im ganzen Lungen- oder Kehlkopf-tuberkulose, Supus u. a. Krankheiten', 'Gesamtkosten der Heilbehandlung', 'Von Kranken-lassen, Berufs-gemeinschaft, Gemeinden usw. erstet', 'Es verbleiben somit an Heilbehand-lungskosten', 'Von den Gesamtkost. entfallen auf Angehörigenunterstützung'. Rows list years from 1897 to 1912 and a total.

Die erste statistische Uebersicht charakterisiert schon die Tuberkulose als Volkskrankheit. Sie verurteilt denn auch die meisten Behandlungskosten. Die diesbezüglichen Aufwendungen für Tuberkulose waren annähernd doppelt so hoch wie für die anderen Krankheiten. In Hinsicht auf die größere Zahl der letzteren erscheinen sie aber noch beträchtlicher. Es ist das auf die bei Tuberkulosen nötige längere Behandlungsdauer und besonders kräftige Ernährung zurückzuführen.

Fadenbrüche.

I. (Nachdruck verboten.)

st. Wenn auch Fadenbrüche so alt sind wie die Weberei selbst, so muß man sich doch hüten, dieselben als etwas Unabänderliches, Unvermeidbares zu betrachten. Das Reißen von Fäden wird allerdings nicht ganz zu verhindern sein, daraus wird indessen dem Weber auch nie ein Vorwurf gemacht werden, sondern immer nur aus dem Umstand, daß er weitergewebt hat, wenn Fäden zerrissen oder zerbrochen waren. Während nun aber der Handweber seinen Stuhl und die dazu gehörigen Mechanismen gänzlich in der Gewalt hatte, ihm gute oder schlechte Laune des Webers der Stuhl in seinen Funktionen beeinflusst wurde, so daß dieser durchaus nicht alle Tage gleich gut ging, hat der mechanische Stuhl keinen Zusammenhang mit der Seele des Webers mehr, sondern ist eben ein Mechanismus, der von solchen Einflüssen frei ist, keine Uebermüdung und Schlaffwerden kennt, aber trotzdem in bezug auf Fadenbrüche gegenüber dem Handstuhl garnicht zu gewinnen hat, da hier ganz andere Momente neu hinzugekommen sind, welche in dieser Beziehung schädigend wirken.

Man hat sich beim Einrichten des mechanischen Betriebes bald überzeugen müssen, daß Kettgarne, welche von geschickten und aufmerksamen Webern am Handstuhl noch ganz einwandfreie Ware ergaben, auf dem mechanischen Stuhl überhaupt vielfach garnicht zu verarbeiten waren. Bei einiger Ueberlegung ist das auch verständlich; der Handweber fühlt sowohl im Tritt als auch an der Ladebewegung, wenn an seinem Stuhl etwas nicht so ist, wie es sein sollte; er kann, wenn er weiche und zum Brechen neigende Kettfäden hat, das Fach langsamer auf-treten, auch in der Höhe sein Material möglichst zweck-treppend behandeln, was der am mechanischen Stuhl arbeitende Weber meist nicht kann, da die Stühle nur bei angemessener Tourenzahl richtig funktionieren und auch eine Abänderung der Fadenhöhe nur unter Schwierig-keiten gestatten. In der Finghöhe ist also der mechanische Webstuhl entschieden im Nachteil. Ganz besonders fällt aber noch ins Gewicht, daß der Handweber während des Arbeitens seine ganze Aufmerksamkeit dem Stuhle und der Ware widmen kann oder sogar muß, was bei dem am mechanischen Stuhl arbeitenden Weber nicht zutrifft, da dieser, während der Stuhl läuft, eine ganze Reihe von Nebenarbeiten verrichten muß, welche, wenn sie auch nicht die volle Aufmerksamkeit beanspruchen, so doch ein gut Teil derselben absorbieren.

Die Fortschritte in der Spinnertechnik haben nun freilich die Möglichkeit geschaffen, Garne zu erzeugen, welche gegenüber den mit primitiven Hilfsmitteln her-

gestellten und den zur Zeit der Handweberei gebräuch-lichen als „ausgezeichnet“ angeprochen werden können, sodaß dadurch zum größten Teil die schädigenden Ein-flüsse ausgeglichen werden, trotzdem bleibt aber noch die Zahl der Momente groß genug, welche Fadenbrüche veranlassen, von denen aber der Handweber nichts wusste.

Nun muß man allerdings bezüglich der Ansprüche nicht zu weit gehen, sondern betrachten, ob ein Stück Fadenbruch geeignet ist, das Ansehen und somit den Wert der Ware erheblich zu schädigen. Es wäre gewiß ideal, eine gänzlich von Fadenbrüchen freie Ware herzu-stellen, aber da das nicht möglich ist, muß man sich mit dem begnügen, was zu erreichen ist. In Walkwaren oder Baumwollwaren, welche geraut werden, wird es auf ein Stückchen Fadenbruch nicht ankommen, wogegen bei fadenklaren Waren, speziell Stammgarnartikeln, bei Florweben, in denen bei Bruch eines Kettfadens ein Florstreifen entsteht und bei Fehlen eines Kettfadens der Flor keinen Stand erhält, bei Drehgeweben, welche bei Bruch eines Drehfadens gar kein Bild ergeben, sowie noch bei manchen anderen wertvolleren Geweben Faden-brüche sehr bedenklich sind. Bei einigen von diesen lassen sich nun allerdings die fehlenden Kettfäden einnähen, wodurch der Schaden so ziemlich ausgebessert wird, bei Florweben ist dies jedoch fast nie der Fall, selbst wenn man die daraus entstehenden Kosten noch tragen wollte. Bei diesen Geweben ist der Fehler nicht auszubessern, es entsteht eben minderwertige Ware. Ganz besonders leiden unter dieser Kalamität die Doppelwerk-, Samt- oder Plüschstühle, da ein Fadenbruch beim Unterwerk erst zu sehen ist, wenn die Ware die Schneidbank hinter sich hat, also 12—15 Zentimeter vom Schlag entfernt ist. Wenn in dieser Branche gerade Preise durch Marktlage mittels Pressen in ihrem Wert etwas heben.

Allgemeine Rundschau.

Waffenstillstand im Saarrevier. Die Bergwerks-verwaltung ist nun doch entgegengekommen. Dadurch wurde der Streik vorerst vermieden. Die von den Ver-tretern des Gewerksvereins sowie von dem Reichstags-abgeordneten Basser mann gepflogenen Verhandlungen hatten folgendes Resultat: Die staatliche Bergwerks-verwaltung gab eine amtliche Auslegung der neuen Arbeitsordnung heraus, die die in letzterer enthaltenen Verschlechterungen beseitigt. In der Erklärung der Bergwerksdirektion heißt es ausdrück-lich, daß diese Auslegung in späteren Rechts-streitigkeiten vor dem Bergwerberichter berücksichtigt werden muß. Damit ist jeder miß-bräuchlichen Anwendung der neuen Bestimmungen ein Riegel vorgeschoben. Auch in der Lohnfrage, die bei der Bewegung mit die Hauptrolle spielte, zeigte die Verwaltung Entgegenkommen. Sie wies zunächst darauf hin, daß die Durchschnittslöhne in den letzten Monaten im November 2,21 im dritten Quartal auf 4,35 W. im November 1912 gestiegen seien. Die Löhne sollen weiter erhöht werden, wenn die gute Konjunktur andauere, die Leistungen der Bergarbeiter hoch blieben und keine Betriebsstörungen durch Arbeits einstellen ein-trete. Dieses Lohnversprechen wurde von der Verwaltung als bindend bezeichnet. Zugleich gab sie zu, daß die erste Bedingung, Fortdauer der guten Konjunktur, erfüllt sei. Die Lohnnachfragen sollen sich jetzt im Januar schon bemerkbar machen.

Nachdem die Dinge diese für die Saarbergarbeiter günstige Wendung genommen hatten, wäre es un-verantwortlich gewesen, trotzdem in Streik zu treten. In der Sympathie hätte ein solcher Streik zweifellos wenig Erfolg gehabt. Dem trug der Gewerksverein auch Rechnung. Dessen Zeitung berief auf den 29. Dezember eine Revierkonferenz ein, die auch am 30. Dezember nachmals tagte, und beantragte vorerst vom Streik ab-zurück zu gehen, zum Teil erregter Debatte stimmte die große Mehrheit der Delegierten folgendem Beschlusse zu:

„Die Konferenz beschließt daher: Es tritt ein vorüber-gehender Waffenstillstand ein. Es wird eine zwölf-gliedrige Kommission eingesetzt, die während des Waffenstill-standes folgende Aufgaben durchzuführen hat:

- 1. Material zu beschaffen über die verschiedenen Lohn-erhöhungen und festzustellen, inwieweit eine den Arbeitern günstige Regelung der Schichtlöhne erforderlich ist.
2. Ermittlungen über die Lohnunterschiede in den einzelnen Inspektionen herbeizuführen.
3. Die wirklichen Ursachen festzustellen, die die Rentabilität des Saarbergbaues ungünstig beeinflussen und Abänderungs-vorschläge zu deren Beseitigung ausarbeiten.
4. festzustellen, ob mit Rücksicht auf die Verkürzung der Schlepperzeit Gebirgssteigerungen vorgenommen worden sind oder im kommenden Monat vorgenommen werden.
5. zu ermitteln, in welcher Weise die Entlohnung der Unfallrentner durchgeführt ist.

Die Kameraden werden aufgefordert, die Kommission mit allem Nachdruck in den vorstehend bezeichneten Aufgaben zu unterstützen. Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß unterwerber ministerielle Verordnungen oder gesetzliche Be-stimmungen getroffen werden, dahingehend:

- 1. daß bei Abänderung oder Ergänzung der Arbeitsver-ordnung mindestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt der Verord-nung derselben die Vorschläge der Verwaltung schriftlich den Mitgliedern der Arbeiterausschüsse zugelegt werden müssen,
2. daß den Arbeiterausschüssen Gelegenheit gegeben wird, solche Vorschläge, sowohl gesondert wie auch gemeinsam, durch von den Ausschüssen gewählte Vertreter zu beraten und Gegenvorschläge zu machen.
Die Konferenz fordert sodann noch einmal mit allem Nachdruck die gänzliche Beseitigung der veralteten Strafe der Abzuege, eine baldige Erhöhung der dauer-schichtlöhne, die Vermeidung aller großer Lohnunterschiede bei den Bedingelöhnen, sowie eine Erhöhung der Löhne der

Tagesarbeiter und anderer Schichtlöhnergruppen, die eine Lohnerrhöhung noch nicht erhalten haben. Während des Waffenstillstandes ist strengste Disziplin, Gesell-schaft und Einigkeit der Saarbergleute eine unbedingte Notwendigkeit. Die Versammlung geloben, Einigkeit störenden Elementen mit allem Nachdruck entgegenzutreten.“

Die Führer der Minderheit, die gegen einen Waffen-stillstand und für den Streik waren, erklärten später unter-schrittlich ebenfalls ihre Zustimmung zu der Reso-lution, sodaß schließlich vollstän-dige Einigkeit herrschte.

Die Vertreter der Bergarbeiter haben zweifellos gut daran getan, dem Vorschlag ihrer Führer zuzustimmen. Mehr wäre wohl auch durch den Streik kaum zu er-reichen gewesen. Dieser Ansicht gibt auch die linksliberale „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 362/1912) mit folgenden Worten Ausdruck:

„Wenn eine weitere Beruhigung eingetreten sein wird, so werden die Arbeiter, die jetzt nur notgedrungen sich dem Verzicht auf den Streik fügen, vielleicht doch zu der Erkennt-nis gelangen, daß sie durch den Streik selbst kaum mehr hätten erreichen können, als sie durch die Streikdrohung erreicht haben.“

Der erzielte Erfolg ist auch durchaus annehmbar. Mit Recht sagt der „Bergruppe“, das Organ des Ge-werksvereins: „Die Beseitigung der Verschlechterungen in der Arbeitsordnung, das Versprechen, daß die Löhne steigen sollen, sowie die praktische Anerkennung der Organisation und die Verhandlung mit deren Führern sind Erfolge, die nicht gering an-geschlagen werden dürfen. Noch nie hat eine Berg-arbeiterbewegung von großem Umfange einen solchen direkten Erfolg aufzuweisen gehabt.“ Hoffentlich kommt das in ruhiger Stunde und bei tüchtiger, nüchternen Ueberlegung auch den Saarbergleuten zum Bewußtsein und veranlaßt sie nun erst recht, durch Stär-kung inneren Ausbaus der Organisation, das Errungene zu erhalten und weiter auszubauen.

Ein Rückhalt für die Erhaltung christlicher Sitze und Sittlichkeit. In der „Präsidentenkorrespondenz“ schreibt Kollege Giesberts einen Aufsatz über „die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für das Wirtschafts- und Staatsleben Deutsch-lands.“ Kollege Giesberts beurteilt darin die Be-deutung unserer Bewegung von hoher Warte aus und nennt zum Schluß die christlichen Gewerkschaften „einen starken Rückhalt für die Erhaltung christlicher Gesinnung und christlicher Sitze.“

Man hört heute so oft und mit Recht, daß dem deutschen Volke seine christliche Religion und seine alte deutsche christliche Sitze erhalten werden muß, wenn es nicht dem Abgrund der sozialen Revolution entgegensteilen soll. Wo aber hat eine Volksgruppe zur Erhaltung dieser Ideale mehr Opfer gebracht wie die christliche Gewerkschaftsbewegung? Unsere christlichen Arbeiter haben sich entschieden und entschlossen von der sozialdemo-kratischen Gedankenwelt und deren religionsfeindlichen Bestrebungen freigemacht. Schon das ist eine Tat, wie sie ein anderer Berufsstand in Deutschland unter ähnlichen Verhältnissen nicht vollbracht hat. Wenn auch die christlichen Gewerkschaften als Organisationen sich keine religiösen Aufgaben gestellt haben, so haben sie doch humbertmal betont, in ihren Statuten und in ihren programmatischen Erklärungen festgesetzt, daß sie alle ihre Bestrebungen halten wollen im Rahmen der christlichen Grundsätze und des christlichen Sittengesetzes. Das sollten sich vor allen Dingen diejenigen Arbeiter merken, die zwar gute Christen sein wollen, aber dem gewerkschaft-lichen Gedanken widerstreben. Wer sich nicht mit in Reich und Glied stellt, um den Kampf der christlich-nationalen Arbeiterkraft mitzuwagen, der ist pflicht-vergessen und darf nicht für sich in Anspruch nehmen, ein treuer Kämpfer für unsere sittlichen und nationalen Ideale zu sein.

Betrachten wir so die Bedeutung der christlichen Ge-werkschaften im Hinblick auf das Wachstum der Sozial-demokratie, den fortschreitenden Radikalismus weiter Volkstheorie und der kritischen Gestaltung unserer inner-politischen Verhältnisse, so ergibt sich daraus, daß wir in den christlichen Gewerkschaften nicht mehr eine ge-wöhnliche Interessenvertretung der Arbeiter sehen dürfen, sondern daß sie eine bedeutende, entwicklungs-fähige Bewegung darstellen zur Überwindung des unfruchtbaren utopischen Radikalismus und zur Sicherung eines geordneten sozialen Fortschritts. Diese Erkenntnis ist geeignet, auch den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften selbst eine höhere Auffassung von der Größe ihrer Aufgabe zu geben, als sie sich darstellt aus der bloßen Betrachtung der Interessenvertretung. Es sind große Aufgaben, zu der unsere christlichen Arbeiter berufen sind, Aufgaben, für die in allen Epochen der Geschichte die Besten und Edelsten der Nation ihr Herzblut hingegen haben. Das gibt der christlichen Gewerkschaftsbewegung neuen Schwung und neue Kraft, erfüllt sie mit gesteigerter Energie und hoffnungsvollem Ausblick in die Zukunft.“

Eine blühende Konjungenossenschaft ist der rhein-westfälische Konjungenverein „Wohlfahrt“ in Alteneffen. Die Genossenschaft ist vor Jahren hauptsächlich auf An-rezierung und unter eifriger Mitarbeit eines alten, erprobten Mitgliedes unseres Verbandes, des Kollegen Albert Stöck, damals in Werden, gegründet worden. Die Pioniere dieser Genossenschaft haben damals unwillig-lich ihren Können, welche glänzende Entwürfe ihre Gründung nehmen und welche große Bedeutung sie demaleinst im Warenberlebe einnehmen sollte.

Tatsächlich hat der genannte Konjungenverein, dessen Leiter seit einigen Jahren Kollege Bissels, Mitglied des christlichen Sozialarbeiterverbandes, ist, eine selten



glänzende Entwicklung genommen, wie aus dem soeben erschienenen Geschäftsbericht, gültig für die Zeit von Ende Juli 1911 bis Anfang August 1912, zu ersehen ist.  
Das frühere Geschäftshaus in Werden ist längst viel zu klein geworden; die Genossenschaft ist im Geschäftsjahr 1911/12 nach Ahtenessen übergesiedelt, wo sie ihre eigenen, neu erbauten großen Räumlichkeiten bezogen hat. Die Anlagen haben eigenen Bahnanschluß und bieten u. a. Raum für 30 Pferde. Da kann man sich einen Begriff von der Größe des neuen Hauses machen. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres hat die Genossenschaft auch ihre eigene Bäckerei in Betrieb setzen können.

Die gewaltige Entwicklung der Genossenschaft kommt ferner in der Mitgliederbewegung zum Ausdruck. Die Zahl der Mitglieder stieg von 1080 im Jahre 1903/04 auf 16177 im Jahre 1911/12. Verkaufsstellen waren am 8. August 1903 — 9. Ende August 1912 nicht weniger als 58 vorhanden. Der Gesamtumsatz erreichte im Geschäftsjahr 1903/04 die Summe von 155 242 Mark, dagegen im letzten Geschäftsjahre 5 177 822 Mark. Von der Solidität des Unternehmens zeigt u. a. auch die Tatsache, daß jedes Jahr eine ansehnliche Rückvergütung an die Mitglieder erfolgen konnte. Sie betrug 6, 6½ und 7 Prozent in den ersten vier Jahren, dagegen konnten seit 1908 schon jedes Jahr 8 Prozent rückvergütet werden. Wenn man die vielen und kostspieligen Anschaffungen der Genossenschaft, die verstärkte Abschreibungen bedingen, berücksichtigt, dann tritt die durchaus gesunde Grundlage des Unternehmens in der hohen Dividende erst recht in die Erscheinung.

Wir können die Leiter und Mitglieder der Konsumgenossenschaft „Wohlfahrt“ nur beglückwünschen zu ihrem außerordentlich schönen Erfolge, die mehr als schöne Worte die Bedeutung der Konsumvereinsbewegung für die Arbeitererschaft dartun. Möge die Genossenschaft weiter wachsen, als ein Beweis dafür, daß die nationale Arbeiterschaft, wenn sie einig ist, mit Willenskraft, Klugheit und zäher Ausdauer auf konsumgenossenschaftlichem Gebiete Großes zu leisten vermag. Mögen aber aus dieser Entwicklung der „Wohlfahrt“ die nichtsozialdemokratischen Arbeiter allenthalben den Wert der Konsumvereine mehr kennen lernen. Die allgemeine Bedeutung der Konsumvereine“, sagt Professor von Schmoller, „liegt in dem siegreichen Kampfe für ehrliche Geschäftsmethoden, für Pünktlichkeit, für Sparsamkeit, in der Bekämpfung des Wuchers und der Warenfälschung, in der geschäftlichen und sittlichen Erziehung der unteren und mittleren Klassen, in der glücklichen Verbindung von Erwerbsbetrieb und sympathisch genossenschaftlichen Gefühlen.“

**Und da sollen die Arbeiter nicht konfus werden!**  
Eine kostliche Leistung vollbringt die „Wehr“, das Organ der Augsburgs Weiber. In seiner Nr. 52 1912 berichtet das Blatt unter der Überschrift: „Da sollen die Arbeiter nicht konfus werden“, mit ernster Miene, unser Zentralvorsitzender Kollege Schiffer, der Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags ist, habe bei der Präsidentenwahl im Reichstag den Sozialdemokraten Webel gewählt. Ferner sei klargestellt worden,

„daß der schwarze Herr Schiffer lebhaft für die Wahl des Sozialdemokraten Scheidemann eingetreten ist und für ihn abgestimmt hat.“

Schrecklich! Da setzt die nationale Verkennung und patriotische Heuchelei christlicher Gewerkschaftsführer! Stimmen gar für Umstürzer als Reichstagspräsidenten! Unglaublich aber wahr. In der gelben „Wehr“ steht es schwarz auf weiß. Zum Schluß entringt sich ihr denn auch folgender Sentenz:

„Und bei einer solchen politischen Zersplittertheit sollen die Arbeiter nicht konfus werden. Der einfache Mann kennt sich da wirklich nicht mehr aus.“

Stimmt! Dem gelben Moniteur der Augsburgs „Wirtschaftsfriedlichen“ ist nur das Unglück passiert, im Uebereifer den Zentrumsabgeordneten Schiffer mit dem nationalliberalen Abgeordneten Schiffer verwechselt zu haben. Die „Wehr“-Redaktion scheint die letzten neun Monate verschlafen oder auf dem Mond verlebt zu haben. Und bei solchen Redaktionsleistungen sollen die einfachen Gelben nicht konfus werden! Kein Wunder, daß sie in Augsburg ihren Protoktoren scharenweise davon laufen.

Die Textilunternehmer sind schlechte Wahrer ihrer zoll- und handelspolitischen Interessen. In der Tagespresse wird, wahrscheinlich auf amtliche Veranlassung hin, lebhafteste Klage darüber geführt, daß, „trotz wiederholter Erinnerungen seitens des Kaiserlichen Statistischen Amtes, der Handelskammern und wirtschaftlichen Vereine von den Betrieben, die kunstvolle herstellen, sowie von den Streichgarnspinnereien und Zwirnereien rund 20 v. H. und von den Kleiderstoffweberereien rund 23 v. H. die produktionsstatistischen Fragebogen für das Jahr 1910 noch nicht beantwortet haben“. Die Erhebungen werden vom Kaiserlichen Statistischen Amte veranstaltet, um einen Einblick in den Stand und die Entwicklung des betreffenden Produktionszweiges zu bekommen. Sie liegen in erster Linie im eigenen Interesse der Industrie und sind bestimmt, praktischen Zwecken der Reichsverwaltung auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik zu dienen. Die Ergebnisse werden mit Sachverständigen und Vertretern der beteiligten Vereine besprochen und, sofern Einverständnis besteht, in den vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit veröffentlicht. Die Erhebungen sind für die deutsche Textilindustrie von sehr großer wirtschaftlicher Bedeutung.

Die Nachlässigkeit weiter Kreise der Textilindustriellen gegenüber den Arbeiten des Statistischen Amtes ist sehr kurzschichtig. Es kommen hier gerade solche Industriezweige in Betracht, die nicht genug über Mangel an zollpolitischem Schutz jammern können. Wenn sie die produktionsstatistischen Angaben verweigern, dann kann man nur annehmen, daß sie entweder gar keinen Sinn für die richtige Wahrung ihrer zollpolitischen Interessen haben, oder aber, daß ihre Klagen auf einer ziemlich schwankenden Unterlage beruhen und zum Teil ungerechtfertigt sind. Man wird sich diese vielleicht absichtlich erfolgte Zurückhaltung der genannten Textilindustriezweige merken müssen, wenn sie dennächst mit ihren zollpolitischen Forderungen kommen.

Unter den Textilindustriellen herrscht überhaupt in bezug auf ihre Vertretung zoll- und handelspolitischer Interessen ein ziemlicher Wirrwarr. Einig und geschlossen stehen eigentlich nur

einige bedeutende Gruppen der Spinnerei da, soweit sie im „Zentralverbande deutscher Industriellen“ ihre Vertretung haben. Unter den Weberer besitzen herrscht dagegen große Uneinigkeit in der wirtschaftspolitischen Organisation sowohl als in ihren zollpolitischen Forderungen. Einig sind sich Spinner und Weber, nur in der radikalen Uebertreibung und in der Einseitigkeit, mit der sie ihre Forderungen begründen. Die parteipolitische Hege übt auch auf manche Gruppen der Textilunternehmer ihre unheilvolle Wirkung aus. Aus vielen Zeitschriften und mündlichen Auslassungen dieser Kreise geht hervor, daß ihr Urteil meistens durch genaue Kenntnis der welt- und wirtschaftspolitischen Dinge, der wahren Interessen der Industrie und der Art, wie man dieselben am wirksamsten vertreten kann, nicht getrübt ist. Einen sehr bedeutenden und einflussreichen Faktor bei der Vertretung ihrer Zollinteressen, die auf dem Boden der heutigen Zoll- und Wirtschaftspolitik stehenden organisierten Arbeiter, meinen sie bei dieser überaus wichtigen Frage nicht nötig zu haben. Und wenn sie dann im Zolltarife zu kurz kommen, jammern und fluchen sie über alle möglichen Dinge, nur nicht über ihr eigenes Verschulden.

**„Frei“gewerkschaftliche Weihnachten.** Wie gewöhnlich bei hohen kirchlichen Festtagen haben auch beim letzten Weihnachtsfest die sozialdemokratischen Zeitungen wieder eine Menge neuer Belege für ihren religionsfeindlichen Charakter erbracht. Das sozialdemokratische „Schuhmacher-Fachblatt“ (51, 1912) benutzt seine Weihnachtsbetrachtung zu fanatischen Beschimpfungen und einer Pauschal-Verleumdung der Geistlichkeit. Wörtlich heißt es in dem Hauptartikel:

„Überall nur Unfähigkeit, böser Wille, Gewalt und Reaktion, Pfaff, Adel und Kapital als volksfeindliche Dreieinigkeit. — Die Pfaffen! Sie sind ja die schreiendsten Karraturen der Weltgeschichte, und wenn die Unwahrheit oder die Lächerlichkeit tötet, wären sie mehr tot als lebendig. Sie verkündigen seit 1900 Jahren die biblische Friedensbotschaft und hegen gleichzeitig die Völker ohne Unterschied des Glaubens in den Krieg gegeneinander.“

Einer solchen Widerlegung bedürfen solche Leistungen nicht. — Der „Courier“, das Organ des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes (51, 1912) höhnt über die „geschorenen und geschelten“, „Nachfolger Christi“, die jetzt wieder die „frohe Botschaft“ verkündeten. Das klinge

„wie blutiger Hohn, wie gellendes Spottgelächter der Hölle, in einer Zeit wie der heutigen, von Frieden und Erlösung zu sprechen? Ist es nicht elende Heuchelei, die „große Masse“ mit wohllebigem, sentimentalem oder widerlich-fühlichem Geschwätz über die klaffenden Gegensätze zwischen Reichen und Armen, Glücklichen und Enterbten des Glücks hinwegtäuschen zu wollen?“

Selbstverständlich läuft der ganze Artikel, wie ein inhaltlich ähnliches Gedicht in derselben Nummer, auf den Gedanken hinaus: Nur einzig und allein die Sozialdemokratie könne die Menschheit erlösen und befreien, nur sie könne die Weihnachtsbotschaft zur Wahrheit machen.

Der „Proletarier“, das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes (51, 1912) verunglimpft die alljährlich zu Weihnachten verkündete frohe Botschaft: „Friede auf Erden“ als „eine einzige, endlose, riesengroße Lüge“:

## Eine Tat.

Auf Ablerschwüngen stürmt die Zeit: es naht  
Der Schnitter dir, der Tod, mit leisem Schweben.  
Dem Staub gehört dem Staub; dein bessres Leben  
Gott und der Welt, und beiden deine Tat.  
Ihr Schuldnere bist du längst, schon längst gewesen:  
Was säumst du noch, dein altes Pfand zu lösen?  
O Jüngling, eine Tat, so lang noch heiß  
Und ehrbegierig deine Pulse schlagen!  
Mann, eine Tat, ein frommes, reiches Wagen,  
O, eine Tat noch vor dem Sterben, Greis!  
Und kommst du nicht durch Denken oder Dichten  
Auf deiner Bahn ein stolzes Mal errichten;  
Und kommst du nicht mit Meißel oder Schwert  
Für späte Ehre in die goldenen Scheiben  
Der Weltgeschichte deinen Namen schreiben:  
Begehre dich! Des Werks Verdienst und Wert  
Wird nach des Mannes Sinn und Kraft gemessen:  
Wer seinen Brüdern nützt, bleibt unvergessen.  
Fr. Böh. Weber.

## Wie das englische Volk sich selbst regiert.

### II.

#### k. IV. Verwaltung.

Der Hauptunterschied der englischen Verwaltung von der deutschen ist die viel weitergehende Selbstverwaltung der innerstaatlichen Verbände.

Wir machen zwei Abschnitte: Die eigentliche Staatsverwaltung und die sogenannten inneren Verwaltungen.

Die letztere faßt ihre Spitze im Ministerkabinett, das, wie wir gesehen haben, den Ausschluß der Unterhausmitglieder darstellt. Da nun aber, wie es in der Natur des parlamentarischen Regimes liegt, die Kabinette häufig wechseln, so bestrebt der englische Verwaltungsorganismus, um eine gewisse Kontinuität der Verwaltung

zu gewährleisten, die Einrichtung ständiger hoher Beamter (Unterstaatssekretäre od. ä.) in den Ministerien, die bei einem Wechsel des Kabinetts mit ihrem Chef nicht zurücktreten, sondern im Amte bleiben und so die ruhenden Pole bilden. Was das Verhältnis der Kabinettsmitglieder zueinander anlangt, so ist der Premierminister seinen Kollegen nicht übergeordnet, sondern gleichgeordnet. Jeder Minister leitet sein Ressort selbständig und ist dem Parlament dafür verantwortlich. Geplante Gesetzesvorlagen jedoch und sonstige Maßnahmen von größerer politischer Tragweite müssen die Einzelminister dem Kabinettsrat vorlegen, dessen Entscheidung maßgebend ist. So mußte auch die große Steuerreformvorlage Lloyd Georges erst dem Kabinett vorgelegt und von ihm akzeptiert werden, ehe sie an das Unterhaus gelangte. Von den einzelnen Ressorts interessiert besonders das Schatzamt, dem wir eine eingehendere Behandlung widmen.

In England gibt es folgende Steuern:

1. Die Einkommensteuer. Hierbei ist bemerkenswert, daß alle Einkommen unter 3200 M. von der Einkommensteuer befreit sind, während in Preußen beispielsweise nur die Einkommen unter 900 M. steuerfrei sind. Von 3200—40000 M. wird das Einkommen mit 3,75% versteuert. Bei höheren Einkommen werden Staffelsätze erhoben.

2. Die Nachlasssteuer. Die englische Nachlasssteuer wird von dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen eines jeden Verstorbenen erhoben. Nachgelassene Vermögen unter 2000 M. sind steuerfrei.

Vermögen von 2000—10000 M.	zahlen 1%,
" " 10000—20000 "	" " 2%,
" " 20000—100000 "	" " 3%,

So geht's fort bis Vermögen von 20 Millionen und darüber mit 15%. Geht das nachgelassene Vermögen an Erbenverwandte über, so treten Zusatzsteuern bis zu 10% in Kraft. Die Nachlasssteuer brachte im Budgetjahr 1910/11 über 500 Millionen M. ein.

3. Die Grund- und Bodensteuer. Von allem Grund und Boden, ausgenommen Landereien, dessen Wert nicht über 1000 M. pro 4 Hektar beträgt und welche, zu denen das Publikum Zutritt hat und deren Besitzer die Landesverwaltungen als der öffentlichen Wohlfahrt dienlich anerkennen, wird eine Steuer von 0,2% des gesamten Wertes erhoben. Alle fünf Jahre

wird der Wert des benutzten und unbenutzten Landes durch Staatskommissare aufs neue festgesetzt. Diese Steuer richtet sich gegen die Bodenpfeulung.

4. Die Haussteuer. Sie trifft in verschiedener Höhe, je nach dem Jahresertrag, den sie bringen, alle bewohnten Häuser mit Ausnahme derer, deren Mietwert unter 400 M. bleibt. Die englischen Arbeiter-Einfamilienhäuser werden im allgemeinen für 300—400 Mark jährlich vermietet, in Landstädten noch billiger, bleiben also von der Haussteuer frei.

5. Die Wertzuwachssteuer. Die Wertzuwachssteuer beträgt 20% des einen Wertzuwachs von 10% übersteigenden Betrages. Sie wird erhoben bei dem Verkauf eines Grundstückes, bei einer Neuverpachtung auf mehr als 14 Jahre und bei einem Besitzwechsel infolge Sterbefalles. Jedoch sind von der Steuer befreit kleinere landwirtschaftliche Besitzungen, wenn sie mindestens zwölf Monate vor dem Besitzwechsel von ihrem Eigentümer bewirtschaftet wurden oder auf mindestens 50 Jahre gepachtet waren. Ferner landwirtschaftlich benutztes Land überhaupt, wenn sein Wertzuwachs dem gemächsenen landwirtschaftlichen Wert entspricht. Und endlich kleinere Wohnhäuser, die beim Besitzwechsel mindestens 12 Monate lang von ihren Eigentümern bewohnt waren und auf mindestens 50 Jahre gepachtet sind.

6. Die Heimfallsteuer. Darüber sagt Helber: Eine eigentümliche englische Einrichtung sind die Verkäufe von Grund und Boden auf 99 Jahre. Nach Ablauf dieser Frist fällt der Grund und Boden (mit den etwa auf ihnen errichteten Gebäuden) wieder an den ursprünglichen Besitzer bzw. seine Erben zurück. Bei diesem „Heimfall“ wird eine Heimfallsteuer von 10% des Wertzuwachses erhoben.

Neben diesen Steuern ruhen in England noch Abgaben auf Bier, Branntwein, Fahrarten, ferner gibt es Stempelsteuern und Luxussteuern. Die letzteren sind zum Teil sehr originell. So werden für Equipagen (zwei- oder mehrspännig) je 44 M., für Equipagen (einspännig) je 22 M., für Automobile (nach ihrer Größe) 15—105 Mark, für Diener je 15 M. jährliche Steuern erhoben.

Schulgölle fehlen in England als Belastung der Staatsbürger, da England ein Freihandelsland ist.



„Eine Bille die durch Jahrzehnte und Jahrhunderte gerollt ist, die Tausende leuchtenden Antlitzes als göttliche Offenbarung verkündet, die Millionen gläubigen Gemüts als ewige Wahrheit hingenommen haben. Und doch eine Lüge! ... Wer will es uns verargen, wenn wir der Weisheitsbotschaft nicht lauschen mit gläubigem Gemüt.“

Der „Zimmerer“ (Nr. 51, 1912) feiert Weihnachten in einem Gedicht an der Spitze des Blattes mit der Ueberschrift: „Der neue Stern.“ Dieser neue Stern ist natürlich der völkerebefreiende und -erlösende Sozialismus:

„Blick auf, blick auf aus deinem Wahn,  
Und sieh ein großes Leuchten nah'n . . .  
Dein inneres Auge soll ihn sehen,  
Den eine junge Zeit gesünder,  
Der uns in Kampf und Sturmeseuchen,  
Das Friedensfest der Zukunft kündet.“

Es wirkt nachgerade langweilig und ermüdend, wie in solchen Artikeln immer und immer wieder die Sozialdemokratie von der roten Presse als „Heiland“ und „Erlöser“ gefeiert wird. Alle gläubigen Christen empfinden dieses Treiben als abstoßende Blasphemie. — „Neutral“ aber wollen die „freien“ Gewerkschaften trotz und allem sein, wenigstens wenn sie ihre Agitationsneze auswerfen.

Die Revisionsstätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten in den verschiedenen Bundesstaaten. Wiederholt ist von den Arbeiterorganisationen der verschiedensten Richtungen Klage darüber geführt worden, daß die Revisionsstätigkeit der Gewerbeinspektion eine durchaus ungenügende sei. Es fehlt an genügendem Revisionspersonal, was zur Folge hat, daß in den bedeutendsten Bundesstaaten unseres Vaterlandes kaum die Hälfte aller vorhandenen Betriebe revidiert wird. Eine Statistik der sächsischen Gewerbeinspektion weist erneut auf diesen großen Mangel hin. Die Zahlen sind zwar der Revisionsstätigkeit im Jahre 1909 entnommen, veranschaulichen die Verhältnisse jedoch deshalb ganz deutlich, weil eine wesentliche Veränderung seit der Zeit nicht zu verzeichnen ist. Die Statistik gibt folgendes Bild:

Table with 5 columns: Land, gezählte Betriebe, revidierte Betriebe, Prozent, in Prozent. Rows: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden.

Die Statistik zeigt uns in dem Vergleiche der Zahl der revidierten Betriebe mit der Zahl der von der Revision erfaßten Arbeiter, daß die kleineren Betriebe mit geringer Arbeiterzahl von der Revision weniger erfaßt werden als die größeren. Tatsächlich kommen in den kleineren Betrieben Uebertretungen sehr häufig vor; die Kontrolle der Arbeiter ist hier nicht so groß, und in vielen Fällen ist auch der Einfluß der Gewerkschaften in den kleineren Betrieben weniger stark als in den größeren und mittleren Betrieben.

Außerordentlich gering ist, von Württemberg abgesehen, die Zahl der revidierten Betriebe im Vergleich zu den vorhandenen. In Preußen, Bayern und Baden erreicht die Revision nicht einmal die Hälfte der Betriebe. Am schlechtesten sieht Baden da, was insofern etwas überrascht, als bislang die badische Gewerbeinspektion sehr häufig mit großem Lobe bedacht wurde. An zweiter Stelle steht der industriell um weitesten vorgeschrittenen Bundesstaat Preußen. Hier hat die Revisionsstätigkeit auch gar keine nennenswerte Vorwärtentwicklung erfahren. Revidiert wurden in Preußen im Jahre 1905 49,6%, 1910 50,4% und 1911 51,9% der Betriebe. Eine Entwicklung von 2,3% in sechs Jahren ist kaum der Rede wert.

Umfomehr hat die Arbeiterschaft Veranlassung, zu fordern, daß die Zahl der Revisionsbeamten vermehrt und daß namentlich mehr Hilfskräfte aus dem Stande der Aerzte, der Arbeiter und endlich auch mehr Frauen herangezogen werden. Es muß dem Zustande ein Ende gemacht werden, daß infolge des Mangels ausreichenden Gewerbeaufsichtspersonals für viele Betriebe unsere Arbeitergesetzgebung immer nur noch auf dem Papiere steht.

Zum Kapitel Fleischsteuerung. Gelegentlich der Debatten über die Fleischsteuerung wurde wiederholt auf die in ein- und denselben Orten herrschenden Preisunterschiede, die sich auch durch die Verschiedenheit der Qualität nicht rechtfertigen lassen, hingewiesen. Was auf dem Gebiete möglich ist, zeigt recht drastisch ein Vorfalle in Mülhausen (Elsaß), über den die „Oberelsässische Landeszeitg.“ vom 28. Dez. 1912 wie folgt berichtet:

„Fleischpreisabschlag. Gestern wurde die Lieferung des Schweinefleisches und der Wurstwaren für die städtischen Spitäler (Grabenstital und Hofenrein) auf dem Submissionswege an den Mindestfordernden vergeben. Mindestfordernder war Herr Metzgermeister Wunisch, der das Kilo Schweinefleisch (natürlich darf nur Primaware geliefert werden), zu 1,50 M. anbot, statt zu 1,54 M., zu welcher letzterem Preise er dasselbe bisher lieferte. Der Preisabschlag beträgt also 4 Pfg. — Interessanter dürfte noch, daß der Höchstfordernde 2,20 M. für das Kilo Schweinefleisch verlangte. Zwischen den Angeboten des Mindest- und Höchstfordernden besteht also ein Preisunterschied von sage und schreibe 70 Pfg. pro Kilo Schweinefleisch! Das spricht Bände zum Kapitel: Fleischsteuerung und Fleischpreise.“

Das spricht tatsächlich Bände! Hinzugefügt sei noch, daß nach den Calwerischen monatlichen Uebersichten über Lebensmittelpreise der Detailpreis für Schweinefleisch sich in Mülhausen im Oktober auf 2,16 M. pro Kilo belief. Und an die städtischen Spitäler wird „Primaware“ zu 1,50 M. geliefert! Dabei will der betreffende Metzger doch auch noch verdienen. Hätte er bisher zum Preis von 1,54 M. nichts verdient, so würde er sich

wahrscheinlich nicht neuerdings wieder mit einem noch billigeren Angebot an der Submission beteiligt haben.

Da ist es zu verstehen, wenn mancherorts die Metzgermeister auf die von der Regierung angeregten kommunalen Maßnahmen nicht gut zu sprechen sind und ein Hand-in-Hand-arbeiten mit den Stadtverwaltungen ablehnen. Noch auf dem letzten Fleischerverbandstag, der Anfang Dezember in Berlin stattfand, wurde gegen diese Maßnahmen Sturm gelaufen. Ein Fleischmeister Kobelt aus Magdeburg, den man bei seinem Erscheinen erst kurzweilig begrüßte, wurde geradezu niedergeschrien, als er ein Zusammengehen mit den Stadtverwaltungen befürwortete. Die „Frankf. Ztg.“ gab dessen Ausführungen und deren Aufnahme beim Verbandstag wie folgt wieder:

„Nun handelt es sich darum, ob diese Maßnahmen (der Kommunen) mit oder gegen das Fleischergerwe durchgeföhrt werden soll. In vielen Städten haben sich die Fleischer getraut, mit den Städten zu gehen. Das ist falsch. (Unruhe.) Wir Fleischer wären weit besser weggekommen, wenn wir mit den Stadtverwaltungen zusammengegangen wären. (Echthafter Widerspruch.) Wir hätten mit ihnen zusammen die Preise vereinbaren können. (Der Vorsitzende unterbricht den Redner.) Das Volk hätte dann nicht Stoff gefunden, gegen die Fleischer vorzugehen. Zuruf: Wir sind hier zu einer Protestversammlung zusammengekommen! Der Redner wird durch laute Schlußrufe verhindert weiter zu sprechen.“

So die „Frankf. Ztg.“. Man wird wohl kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß die durch die kommunale Fleischversorgung herbeigeföhrt Preisregulierung in erster Linie den Widerstand der Fleischmeister wachrief. Für die Kommunen darf das selbstverständlich auch fernerhin kein Grund sein, von solchen Notstandsmaßnahmen abzusehen. Das Interesse der Allgemeinheit darf nicht den egoistischen Sonderinteressen eines Teiles der Fleischmeister geopfert werden.

Das Mülhauser Beispiel beweist auch wieder aufs neue die Notwendigkeit kommunaler Lebensmittellämter, die sich vor allem mit der Preisstatistik und der Preiskontrolle zu befassen hätten. Es gehört mit zu unsern Aufgaben, die Schaffung solcher anzustreben.

Die Förderung der Wohnungsreform durch die Gemeinden kann u. a. auch dadurch erfolgen, daß gewisse Steuer- und Abgabenerleichterungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau gewährt werden. Bisher geschieht es zwar hier und dort schon, jedoch können die gewährten Vergünstigungen noch eine sehr reichliche Erweiterung erfahren.

Bisher genossen Erleichterungen des Umsatzstempels, der Umsatzsteuer und der Zuzwachssteuer nur gemeinnützige Baugesellschaften, bei denen die Höchstdividende auf vier Prozent festgesetzt und eine Verteilung des Vermögenszuwachses bei Auflösung ausgeschlossen war. Das gleiche sollte geschehen bei Gesellschaften, die sich ändern Beschränkungen, z. B. bezüglich der Mieten, unterwerfen, durch welche gesichert ist, daß den Mietern die Vergünstigung zuteil wird. Ferner sollte bei den genannten Abgaben nicht nur der auf die Baugesellschaft entfallende Anteil fortfallen, sondern auch der Anteil des Gegenkontrahenten, da auch dieser regelmäßig der Baugesellschaft zugute kommen wird.

Neben den Umsatzsteuern sind es vor allem die Beiträge für Straßenreinigung, Straßenherstellung und fünfjährige Unterhaltung sowie für die Entwässerung (Kanalisation), die das Bauen verteuern. Hier wird zwar eine generelle Ermäßigung oder Erlaß für alle gemeinnützigen Kleinwohnungsbauten nicht in Frage kommen können, wohl aber werden die Gemeinden, wie es schon vielfach geschehen ist, diesen Weg beschreiten müssen, sobald die Produktion von Kleinwohnungen zu angemessenen Preisen erheblich hinter dem Bedarfsrückbleibt oder solche Ermäßigungen zur Ermöglichung des Baues von Kleinwohnungen erforderlich sind.

Ermäßigungen für Kleinwohnungen kommen ferner in Frage bei Baupolizeigebühren, Gebühren für Vorbauten und sonstigen Abgaben bei Bauten, und zwar am besten in Form der Staffellung der Gebührenordnung. Das gleiche gilt bezüglich aller Wohnungsgebühren, die der Mieter zu zahlen hat (z. B. Wassergeld, Kanalisations-, Abfuhrgebühren, Schornsteinfegergebühren); hier können die untersten Stufen eventl. ganz freigelassen werden. Auch für die Haussteuer, Mietstempel, Straßenreinigung- und sonstige Gebühren, die der Hausbesitzer zu zahlen hat, sollte eine Staffellung und ein Erlaß in Frage kommen, soweit es sich um Baugesellschaften der oben genannten Art handelt.

Endlich aber sollten alle dem Haus- und Grundbesitz wie den Mietwohnungen aufzuerlegenden Lasten nicht zu hoch geschraubt werden, da sie größtenteils auf den Mieter abgewälzt werden und selbst Grundsteuer wie Umsatz- und Zuzwachssteuer, wenn sie auch ungesunder Spekulation entgegenwirken, doch auch die für den Kleinwohnungsbau notwendigen Grunderwerbs- und Bestgeschäfte und den Eigentumserwerb am Kleinhause erheblich belasten. Ebenso sollten beim Straßenbau nicht als Unliegerbeiträge auch alle die Ausgaben auf die Anlieger abgewälzt werden, die in erster Linie der Allgemeinheit dienen. Diese Abwälzung verleitet viele Gemeinden zum Straßenluxus, es werden weit über den Rahmen des Fluchtliniengesetzes die Kosten für Spielplätze, Parks, Bahnunterführungen, Straßenpflanzmauern, Brücken, ja selbst für Schulpflüge den Anliegern aufgelegt. Wird diese Möglichkeit der Abwälzung eingeschränkt, so wird auch der Luxus in bezug auf die Straßenbreite und Straßenherstellung, mit dem dann erhöhte Kosten für Kanalisation, Unterhaltung und Reinigung der Straßen,

Erhaltung der Baumpflanzungen und Anlagen verbunden sind, von selbst eine Einschränkung erfahren.

Die vorgenannten Vergünstigungen sollen, wie sich aus Vorstehendem ergibt, vornehmlich der gemeinnützigen Bautätigkeit zugute kommen. Es will aber scheinen, als ob an noch zahlreichen Orten mit reichlich vorhandener Wohnungsnot ersterer nicht die Beachtung geschenkt würde, die notwendig wäre. Hier wäre im Interesse der Wohnungsreform seitens der Gemeinden in Verbindung mit den in verschiedenen Landesstellen bereits bestehenden Verbänden zur Förderung des Kleinwohnungswezens zunächst einmal einzusetzen, wobei dann praktisch die vorher genannten Erleichterungen beim Wohnungsbau anzubringen wären.

### Aus unserer Industrie.

#### Deutsche Militärtuchlieferung an die türkische Armee.

In der letzten Zeit haben sich türkische Unterhändler bemüht, bei den Tuchfabrikanten in Lambrecht (Pfalz) die Lieferung von 200 000 Metern Militärtuchen unterzubringen. Leider waren die Fabrikanten nicht in der Lage, den Auftrag anzunehmen, da ihre Betriebe ohnehin vollauf beschäftigt sind und zur Ausführung anderweitiger Aufträge seit Wochen schon Arbeitsüberstunden vielfach in Anspruch nehmen müssen. Ein anderer größerer Posten türkisches Militärtuch, um den sich die Lambrechter Fabrikanten vor etwa drei Jahren beworben hatten, wurde seinerzeit einem Berliner Unternehmer übertragen, und zu einem Preise vergeben, bei dem aber nichts zu verdienen war und vielleicht deshalb die Qualität so ausfallen mußte, daß der Vortrakter des „Berliner Tageblatts“ in seinen Schilderungen davon erzählen konnte, wie die türkischen Soldaten vielfach wie in Lumpen gehüllt ihm auf dem Schlachtfeld vorgekommen seien. Für die fertige Armee ist schon vor vier Jahren ein großer Posten Uniformtuche in so vorzüglicher Qualität geliefert worden, daß Offiziersvereinigungen ihrerseits ansehnliche Bestellungen in besseren Offiziersuniformtuchen in Auftrag gaben. Die Produktionsfähigkeit der Lambrechter Tuchindustrie wäre imstande, in 5—8 Wochen 200 000 Meter Militärtuche fertigzustellen.

#### Aus den Anfängen des Maschinenzeitalters in der Textilindustrie.

Am Ende des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts, als in England die Verwendung von Maschinen eine weitere Ausbreitung fand, zog namentlich in der englischen Textilarbeiterbevölkerung großes Elend ein. Immer neue Scharen wurden arbeitslos und die Löhne gingen allgemein zurück. Außerdem kam in den Jahren 1811 und 1812 eine Teuerung hinzu, die die Not noch mehr verschärfte. In diesen Jahren entstand unter den Arbeitern Englands eine wilde Verzweiflung. Die Arbeiter sahen die Maschinen als die Ursache ihres Unglücks an, und so begann eine weitverzweigte Bewegung zur Zerstörung der Maschinen. Die Unregung zu diesen Maschinenmolektionen soll ein Strumpfwirker Eduard Ludd gegeben haben, und so nannten sich die Maschinenzerstörer allgemein Ludditen. Von den vielen Maschinenzerstörungen, über die die Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu berichten weiß, sind wohl die von den Ludditen in England ausgehenden die bedeutendsten gewesen. Von Nottingham beginnend, drang die Ludditenbewegung in alle industriellen Bezirke vor, und bald waren die Ludditen, die sich in einer Geheimorganisation zusammengeschlossen hatten, zum Schrecken der Fabrikanten und der Regierung geworden. Gegen die Ludditen wurden Soldaten ausgesandt, aber diese konnten nicht überall sein, und kaum hatten sie einen Ort, in dem alles ruhig schien, wieder verlassen, so begannen auch die Maschinenmolektionen wieder von neuem. Zwar wurden da und dort Ludditen gefangen genommen und zu harten Strafen verurteilt, aber das schien die anderen nur noch mehr anzufeuern. Da brachte die Regierung einen Gesetzesentwurf ein, der die Zugehörigkeit zur Ludditenbewegung und die Beteiligung an Maschinenzerstörungen mit der Todesstrafe bedrohte. Dieser Gesetzesentwurf wurde im Frühjahr 1812 vom Parlament angenommen, es wurden Spezialgerichte zur Aburteilung von Ludditen eingesetzt, aber noch immer zeigte sich keine Abnahme der Bewegung. Im Gegenteil erreichte die Ludditenbewegung erst am Ende des Jahres 1812 oder am Anfang des Jahres 1813 ihren Höhepunkt. Nach dieser Zeit trat dann ein Rückgang ein, hauptsächlich weil die Teuerung ver schwand und in den geschäftlichen Verhältnissen eine Besserung eintrat. Aber noch lange Jahre wurde in der Arbeiterbevölkerung Englands von der Ludditenbewegung gesprochen und erst nach Jahrzehnten trat die Erinnerung an diese eigenartige Bewegung aus dem Beginn des Maschinenzeitalters zurück.

#### Einwirkung des Balkankrieges auf einige Zweige der deutschen Textilindustrie.

In den letzten Nummern unserer Textilarbeiter-Zeitung wurden Klagen laut über die ungünstigen Wirkungen des Balkankrieges auf die Textilindustrie. So haben hierunter die Baumwoll-, Leinen- und Seiden-Industrie zu leiden. Aber mehr noch wie diese Branchen verspürt eine Abzweigung der Textilindustrie, welche leider in unserer Textilarbeiter-Zeitung kaum erwähnt wurde. Es ist dies die Gold- und Silber-, Gespinnst-, Draht- und Treppenzubereitung in Weissenburg, Treuchtlingen und Roth (Bayern). Die Geschäftslage in Weissenburg ist geradezu trostlos, besonders bei jenen Firmen, welche die Türkei und die Balkanländer als Absatz-Gebiet haben. Dazu kommt noch, daß auch seit 1 1/2 Jahren die Mode im Ju-



Land für unsere Erzeugnisse sehr ungünstig war. Verschiedene Fabrikanten mußten deshalb im Laufe dieses Jahres zu der schon gekürzten Arbeitszeit eine weitere Einschränkung vornehmen, und wiederholt eine Anzahl Arbeiter entlassen, damit die Lager von Metallgepölkern nicht zu groß werden. Die Fabrikanten ließen die Arbeiter, in der Hoffnung auf eine Besserung der Geschäftslage auf Vorrat arbeiten, um wenigstens die älteren Arbeiter nicht entlassen zu müssen. Die Aussichten für dieses Jahr sind die denkbar schlechtesten. Mag auch der Balkanrieg einen Ausgang nehmen wie er will, die kriegführenden Länder werden finanziell so geschwächt sein, daß Jahrzehnte vergehen werden, bis sie wieder lauffähig und unserer Industrie von Nutzen sein können.

**Die Preisbewegung auf den Baumwollmärkten**

von etwa 5 Pence zu Beginn des Berichtsjahres bis auf 7 1/2 Pence in den Sommermonaten überstieg die Voraussage selbst jener Beurteiler, die trotz der Missernte ein Hinaufgehen der Märkte wegen der hohen Anforderungen des Konsums von Baumwolle vorausgesagt haben. Was uns die Zukunft in dieser Richtung bringen mag, kann vielleicht annähernd abgeschätzt werden, wenn wir einen Blick werfen auf die Entwicklung von Ernte und Preis der amerikanischen Baumwolle in den letzten 40 Jahren. Es ergaben nach einer Aufstellung von Kommerziant Semlinger in einem Artikel des „Confektionärs“:

Die Kampagnen	Ballen	Durchschnittspreis	Gesamtwert in Mill. M.
1871/72	2 974 000	8,50 Pence	1000
1881/82	5 436 000	6,56 "	1400
1891/92	9 039 000	4,16 "	1500
1901/02	10 681 000	4,78 "	2000
1911/12	16 100 000	6,09 "	3800

und es darf nicht als Phantasterei angesehen werden, wenn wir von diesen Zahlen auf Ernten von 20 Millionen Ballen in zehn Jahren und auf 25 Millionen in 20 Jahren schließen, denn die Ausdehnungsfähigkeit des Baumwollanbaues in den Südstaaten der Union gestattet noch ganz andere Zukunftszahlen, ohne daß nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte billige Preise — von vorübergehenden Ausnahmen abgesehen — in Aussicht zu nehmen sind. In der Luft liegt eben auch eine diese Produktionsmehrerung weit übersteigende Verbrauchssteigerung in der ganzen Welt, am meisten aber in den durch Zollmauern geschützten Vereinigten Staaten, und immer klarer tritt das Bestreben der Amerikaner an den Tag, in den Bezirken, in denen die Baumwolle wächst, sie auch verarbeiten zu können. Folgende Zahlen beweisen dies schlagend:

Die Union verfügte im Jahre 1875 über nicht ganz 10 Millionen, 1882 über 11 1/2, 1892 über 15, 1902 über 21 1/2 und 1912 über 30 Millionen Spindeln, also über das Dreifache von 1875; in den siebziger Jahren zählte man in den südlichen Staaten der Union nur ganz wenig Spinnereien, sie wuchsen aber seit 20 Jahren wie Pilze aus dem Boden: es gab 1875 daselbst 500 000, 1882 eine Million, 1892 zwei Millionen, 1902 6 1/2 Millionen und 1912 11 1/2 Millionen Spindeln, also 23mal soviel als 1875. Stärker noch als die Spindelzahl ist der Eigenverbrauch in den Vereinigten Staaten gewachsen, nämlich von 1 200 000 Ballen in 1875 auf 5 1/2 Millionen Ballen im Jahre 1912, also auf das 4 1/2fache in 37 Jahren, da die modernen Droffelspindeln ungefähr noch einmal soviel leisten, als die langjam laufenden Seltaktorspindeln, wie sie vor einem Menschenalter in Betrieb standen; inzwischen ist allerdings die Arbeitszeit wie in Europa auch in Amerika um ein bis zwei Stunden abgefürzt worden.

Ähnlich üppig emporgewachsen ist die Baumwollindustrie in Indien und Japan, stark gestiegen ist sie in Deutschland, Rußland, Oesterreich, Italien und Frankreich, nur wenig vermehrt hat sie sich in Spanien und England, fast zurückgegangen ist sie in der Schweiz, wo sie ohne jeden Zollschutz blieb. Ich gebe hier eine kleine Aufstellung der Entwicklung von 1875 auf 1912 in den Hauptindustriestaaten:

	Spindeln 1875 in Mill.	Spindeln 1912 in Mill.	davon Zehntel in Mill.	Vermehrung in Prozenten um:
England	39,000	55,300	9	41
Deutschland	4,700	10,725	5 1/2	18
Rußland	2,500	8,500	4 1/2	232
Frankreich	5,000	7,400	3 1/2	48
Oesterreich	1,560	4,800	2 1/2	208
Italien	880	4,580	2 1/4	420
Spanien	1,775	2,200	1 1/4	24
Amerika	10,000	30,500	25 1/2	203
Indien	865	6,200	5 1/2	600
Japan	? 200	2,200	2	? 1000
Schweiz	1,850	1,408	1/2	Verminderung um 21
Mit den kleinen nicht angegebenen Staaten	69	141	65	104

Das Indien und Japan mit ihren fabrikant billigen Arbeitelöhnen neben Amerika gefährliche Wettbewerber für uns werden könnten, kann man nicht wohl in Abrede stellen und der Gefahr wachsender Konkurrenz im fernem Osten muß ernstlich ins Auge gefaßt werden.

Ich habe eben auf die enorme Summe hingewiesen, die Amerika für seine 16 Millionen Ballen Baumwolle gelöst hat; auch aus der Weite, wo nicht ganz in Sicht gekommenen Ernte von etwa 14 1/2 Millionen Ballen werden die Vereinigten Staaten zwischen 3 1/2 und 3 3/4 Milliarden Mark an sich ziehen. Diese gewaltigen Beträge, aus einem einzigen Rohprodukt herausgeschlagen, vermehren den Reichtum der Union auf Kosten aller anderen Länder und noch ins Ungeheure und das

Goethe'sche Wort: „Amerika, du hast es besser, als unser Kontinent, der alte,“ ist nie wahrer gewesen, als im ersten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts. Die uns drohende Gefahr der Aushungerung durch Amerika drängt uns mehr und mehr dahin, die Baumwollproduktion in anderen dafür geeigneten Ländern nach Kräfte zu unterstützen.

**Aus dem Verbandsgebiete. Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.**

**Sachsen-Thüringen.**

Zur Beendigung des Kampfes der Färbereiarbeiter wird uns geschrieben: Die Aussperrung in den Färbereien ist aufgehoben. Jetzt ist es an der Zeit, über Ursache, Verlauf und Ende etwas zu erfahren.

Die Differenzen hatten ihren Ursprung bei der Firma Fiernkranz u. Ehret in Glauchau. Infolge Betriebsstörungen mußten Ueberstunden gemacht werden. Die Firma hatte ihren Arbeitern während der Betriebsstörung den vollen Lohn ausbezahlt. Sieben Vorappreturarbeiter, welche pro Ueberstunde 35 Pfg. Stundenlohn erhielten, waren bereit, Ueberstunden zu machen, wenn die Firma 40 Pfg. bezahlte. Solches wurde aber abgelehnt. Daraufhin verweigerten die Arbeiter die Ueberstunden und wurden entlassen. Zehn andere Arbeiter, welche aber schon 40 Pfg. pro Ueberstunde erhielten, erklärten sich mit den Entlassenen, welche alle, wie sie, Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes waren, solidarisch und wurden ebenfalls entlassen. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband verhängte die Sperre über die Firma und stellte Streikposten aus. Die Färbekonvention drohte die Schließung sämtlicher Betriebe zum 26. November an, falls bis dahin von den Arbeitern der Firma Fiernkranz und Ehret die Arbeit nicht wieder aufgenommen würde. Die Arbeit wurde nicht aufgenommen und die Aussperrung von 10000 Färbereiarbeitern und -arbeiterinnen wurde am 26. November perfekt.

Das ganze Streitobjekt betrug pro Tag sage und schreibe 35 Pfg. Wir müssen es dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande überlassen, ob er es verantworten kann, um 35 Pfg. willen eine Aussperrung von 10000 Arbeitern zu provozieren. Ebenso aber auch den Arbeitgeber, welche um eine Kleinigkeit von 35 Pfg. Tausende von Arbeitern aussperrten, darunter die Mehrzahl Nicht- und Andersorganisierte. Gewiß wurden von beiden Seiten andere Gründe mit ins Feld geführt. Tatsache ist aber, daß die Forderung um 5 Pfg. mehr Lohn pro Ueberstunde für die sieben Arbeiter den Ausgangspunkt der Differenzen bildete und auch als Hauptpunkt beim Friedensschluß in den Vordergrund gerückt wurde. Tatsache ist ferner, daß von beiden Seiten das geringe Objekt von 35 Pfg. herhalten mußte, um sich gegenseitig der öffentlichen Meinung gegenüber ins Unrecht zu setzen. Tatsache ist auch, daß durch die Aussperrung Tausende mitleiden mußten und ihnen die Weihnachtstfreude verdrorben wurde.

Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband sah anscheinend auch ein, daß ein Streitobjekt von 35 Pfg. der Öffentlichkeit gegenüber nicht verantwortet werden konnte. Er trat deshalb auch durch Vermittlung des Weberei-Verbandsvorsitzenden, Kommerzianten Ruch, mit einem jungen „Vermittlungsvorschlag“ auf den Plan. Die Arbeit würde sofort wieder aufgenommen, wenn die Arbeitgeber sich bereit erklärten, einen Tarifvertrag auf die Dauer von zwei Jahren abzuschließen. In dem Vertrage müßten die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages von 1905 bis 1912 wieder mit aufgenommen werden. Nämlich:

27 Pfg. Mindeststundenlohn für männliche Arbeiter unter 18 Jahren.

Für jede Ueberstunde mindestens 40 Pfg. Wenn ohne Verschulden die Arbeit ausgesetzt werden muß, ist der angefangene Arbeitstag voll zu bezahlen.

Auch die Presser hatten in einer Sitzung in Gößnitz Forderungen formuliert und eingefandt. Bei der Firma Schieber sollen die Forderungen bis zu 70% betragen haben.

Der geforderte Tarifvertrag bedeutete nichts weniger als ein Schritt zum Monopolvertrag. Das Kampfobjekt wurde also von den „Genossen“ vollständig verjähren. In den sozialdemokratischen Versammlungen wurden radikale Töne angeschlagen. „Genosse“ Krause führte am 27. Nov. v. J. folgendes aus:

„Es gelte nun zum Kampfe überzugehen. . . . Jetzt heißt es: Alle heraus! . . . Mit aller Entschiedenheit müsse der Kampf geführt werden. . . . Niemand dürfe nach diesem Gewaltakt hineingehen. . . . Vorwärts! Durch! heißt die Losung. — Alle, welche sofort dem „deutschen“ Verband beitreten, sollen mit unterstützt werden.“

Zu Ehren des verstorbenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Förster hieß man die Versammelten, sich von den Plänen zu erheben. — Nach alledem konnte es sich nur um eine sozialdemokratische Nachtprobe handeln; und am Mitgliederfang. — Das Publikationsorgan des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, die „Neuhäuser Volkszeitung“, tutete in daselbe Horn! Sie schrieb am 7. Dez.:

„Die Parole laute gegenwärtig immer noch, daß niemand in den Betrieb gehen dürfe.“ Am 8. Dez.: „Daß die Arbeit geschlossen nur dann wieder aufgenommen wird, wenn der Färberring die noch zu erfüllenden besseren Lohnbedingungen bewilligt.“ Und am 10. Dez.: „Arbeiter! Wenn die Färbereibetriebe geöffnet werden, geht nicht hinein! Ein Erfolg ist dann sicher.“

In derselben Nummer wurde noch eine von „Genossen“ angenommene Resolution veröffentlicht, in der es heißt:

„Die Versammelten erklären, daß nicht früher eine friedliche Lösung des Streites möglich sei, bis die von den Arbeitern gewünschten Forderungen bewilligt werden.“

Dann hörte man einige Tage nichts mehr. Aber ganz heimlich bereitete der sozialdemokratische Verband etwas vor, woran die Arbeiterchaft niemals geglaubt hätte. Schon am 14. Dez. hörte man allerhand von einer Beendigung der Aussperrung munteln. Am Sonntag, den 15. Dez., piffen es schon die Späßen von den Dächern, daß am Dienstag früh die Arbeit wieder aufgenommen werden solle. In einer am 16. Dez. stattgefundenen Versammlung erklärte der „Genosse“ Kidel: „Der deutsche Verband hat den Kampf nicht geführt um des Objektes willen, sondern um des Ansehens willen.“ Das ist eine bewußte Irreführung der Massen. Denn als Streitobjekt mußten nun wieder die 35 Pfg. herhalten. Die „Neuhäuser Volkszeitung“ schreibt hierüber in Nr. 291 folgendes:

„Die Aussperrten in Glauchau haben am Sonnabend in ihrer Versammlung, an der der Färberring teilgenommen hat, durch Rechtsanwalt Glänzel aus Reichenbach und Direktor Franke aus Greiz, einen weiter entgegenkommenden Vermittlungsvorschlag gemacht, die Arbeit aufzunehmen, wenn am 15. Februar in allen Ortsgruppen pro Ueberstunde mindestens mit 40 Pfg. bezahlt wird und die bereits vom Färberring gemachten weiteren Zugeständnisse aufrechterhalten werden.“

Daraufhin hat am Sonntag der Färberring an die Aussperrten folgendes Schreiben gerichtet:

Greiz, den 14. Dezember 1912.  
An die Arbeiterchaft der Betriebe der Konvention  
Sächsisch-Thüringischer Färbereien,  
zu Händen des Herrn Färbereiarbeiter Karl Wunderlich  
Glauchau (Gartenstadt.)

Unter Bezugnahme auf die heute in Glauchau stattgefundenen Aussprachen teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß es uns mit vieler Mühe gelungen ist, den geätzten Beschluß unserer Mitgliederversammlung auf telephonischem Wege aufzuheben und den uns von der Glauchauer Arbeiterchaft, und wie wir voraussetzten, auch gleichzeitig im Namen der Gesamtarbeiterchaft in allen Konventionsbetrieben angebotenen Vermittlungsvorschlag zur Aufhebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten anzunehmen.

Danach wird die Arbeit am Dienstag, den 17. Dezember in allen Betrieben und von allen Arbeitern unter den bisherigen Bedingungen wieder aufgenommen.

Wogegen wir folgendes zugute haben:

1. Der Ueberstundenlohn für diejenigen Arbeiter, die mit 30 Pfg. Normallohn entlohnt werden, wird für alle Betriebe der gesamten Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien ab 15. Februar 1913 auf 40 Pfg. statt bisher 35 Pfg. pro Ueberstunde festgesetzt.

Bis 15. Februar sind Ueberstunden, falls solche verlangt werden, zum Lohn von 35 Pfg. pro Ueberstunde, soweit solcher bisher bezahlt worden ist, zu leisten.

So bisher höhere Ueberstundenlöhne bezahlt worden sind, bleiben diese auch weiter in Kraft.

2. Ab 1. April 1913 wird eine Kommission aus der gesamten Färbereiarbeiterchaft gewählt, mit der die unterzeichnete Konvention durch hierfür bestimmte Organe über die noch bestehenden und etwa sonst auftretenden Differenzen in Verhandlung tritt. Hierunter fallen auch die letzten Forderungen der Presserarbeitnehmer.

Wir ersuchen Sie, der Ordnung halber, uns den Inhalt dieser Abmachung morgen Sonntag durch Abendung des inliegenden Telegramms an den Syndikus unserer Vereinigung, Herrn Rechtsanwalt G. Glänzel in Reichenbach zu befähigen. Nach Empfang der telegraphischen Bestätigung wird die Wiederöffnung der Betriebe für Dienstag früh von uns verfügt werden.

Göschastend  
Die Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien,  
F. A.: Otto Franke.

Telegramm: Nachdem die Einigungsvorschläge von der Färbekonvention angenommen und die Aussperrung aufgehoben ist, nehme ich mit Bestimmtheit an, daß Dienstag den 17. Dezember früh 8 Uhr in allen Ortsgruppen die Arbeit geschlossen aufgenommen wird.

Wunderlich-Glauchau.

Die „Genossen“ häuften Widerspruch auf Widerspruch. Schrieb doch in derselben Nr. 291 die „Neuhäuser Volkszeitung“: „Die Schließung der Färbereibetriebe richtet sich gegen den Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien!“ (Also gegen Arbeitgeber. D. B.) Nochmals kurz zusammengefaßt sieht der Giertanz der „Genossen“ so aus: Zuerst handelt es sich um ein Kampfobjekt von 35 Pfg., dann um Beseitigung von Verschlechterungen und um den Abschluß eines Tarifvertrages auf die Dauer von zwei Jahren. Der „deutsche“ Verband muß den Kampf führen um keines Ansehens willen.

Der Kampf der Färbekonvention richtet sich gegen die Arbeitgeber in der Webereibranche. Und zum Schluß muß wieder das Objekt von 35 Pfg. herhalten. Alles andere wird nun wieder als nicht vorhanden ignoriert.

Dieses widerwärtige Gaukelspiel hat enorme Opfer verlangt. Hunderttausende von entgangenem Arbeitsverdienst haben die Arbeiter zu tragen. Ungefähr 150 000 M. Unterstützung haben der sozialdemokratische und der in Mitleidenschaft gezogene christliche Textilarbeiterverband auszahlen müssen. Die Aufnahme der Aussperrung durch den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband wird noch unso verantwortlich, als von führenden „Genossen“ in einer Versammlung in Glauchau erklärt wurde, weder die Zentrale noch die Gau- oder Filialeleitung hätten von den Differenzen der sieben Arbeiter um 35 Pfg. pro Tag gewußt.

Sollte das zutreffen, so grenzt ein solcher Zustand an Anarchie. Und wegen der Disziplinwidrigkeit von sieben Mitgliedern übernimmt der sozialdemokratische Textilarbeiterverband die Verantwortung für eine so folgenschwere Aussperrung. Und der Erfolg? Gleich Null!

Bis zum 15. Februar müssen Ueberstunden zu den alten Löhnen gemacht werden. Bis dahin werden die aufgehäuften Waren verarbeitet sein. Die meisten Betriebe zahlen übrigens schon 40 Pfg. Die 5 Pfg. Lohnerhöhung für Ueberstunden kommt als Ertrag absolut nicht in Betracht.

Und über die am 1. April zu wählende Kommission braucht nicht sehr viel gesagt zu werden. So viel ist



sicher, daß dieselbe nicht aus lauter „Genossen“ bestehen wird. Und Verhandeln bedeutet bekanntlich noch keine Bewilligung von Forderungen. Der Erfolg des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes reißt sich also würdig den Mißerfolgen der früheren Bewegungen an. Durch solche „großartigen“ Erfolge ist es wohl zu verstehen, wenn eine Anzahl Arbeiter mutlos und organisationsfeindlich wird.

Kollegen und Kolleginnen! Das soll nicht sein! Wohl wissen wir, daß manche nicht den Mut finden, von dem „roten“ Verband sich loszurennen, weil sie den Terrorismus und die Schikanen der „Genossen“ fürchten. Auch wissen wir, daß der Führer „Genosse“ Nickel in Greiz, in der letzten Versammlung aufgefordert hat, alle diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche nicht dem „deutschen“ Verbande angehören, zu verachten. Aber wir wissen auch, daß der Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter seinen Mitgliedern in allen Lagen des Lebens schützend zur Seite steht. Deshalb an die Arbeit zu erfolgreicher Agitation.

Aus unseren Bezirken.

Agitations- und Organisationsleben im badischen Albtaie.

II.

Die Leser der „Textilarbeiter-Zeitung“ haben mit mir eine Versammlung in Dusenbach besucht. Heute geht's schon ein bißchen weiter. Schluttenbach heißt das Ziel. Um 1/8 Uhr abends greift du zur „Waffe der Zivilisten“, zum Knotenstock, und gehst über Etlingerweier zu dem Wald hinauf. Es ist stockdunkel. Du aber bist mitten im Walde. Den Weg entlang muß ein reißender Bergbach sein. Deutsch und stark hörst du das Rauschen des über die Steine fallenden Wassers. Nur langsam kommst du vorwärts. Kaum siehst du die Hand vor den Augen, so finster ist es — dazu rauscht der Waldbach. Fast scheint es dir, als ob der Wald nicht mehr aufhören wolle. Endlich wird's etwas heller. Von fern siehst du Lichter blinken, das ist Schluttenbach. Nun bist du in der Wirtschaft und ziehst die Uhr. 1 1/2 Stunden hast du gebraucht. Um 7/8 Uhr soll die Versammlung sein. Die ersten Leute kommen. Zwar gibt es heute keine so große Versammlung wie in Dusenbach, denn von diesem Orte arbeiten insgesamt nur etwa 60 Leute in den Textilbetrieben. Aber trotz-dem ist hier schon über die Hälfte dieser Leute in unserm Verbande organisiert. Noch mehr werden kommen. Auch hier wissen die Leute vieles zu erzählen. Vom ungerechten Strafsystem und schlechter Behandlung, von harter Arbeit und kleinem Lohn. Noch mehr erzählen die Leute. Vom Kampf ums Dasein und von des Lebens Bitternissen. Du aber bist selbst Arbeiter und begreifst.

Die Versammlung ist vorbei, die Leute gehen heim. Auch du machst dich wieder auf den Weg. Schon bist du wieder im Walde und tastest mit deinem Stock vorsichtig in die Dunkelheit. Ueber dir heult der Sturm in den Baumkronen und neben dir rauscht der Waldbach. Aus der Ferne hörst du irgend eine Kirchenglocke 12 Uhr schlagen. Die ganze Feier der Waldesnacht umgibt dich. Mißmutig denkst du an die Leute in der Stadt, die jetzt schon im weichen Federbett liegen. Aber nur einen Moment, dann denkst du auch an die vielen Arbeiter und Arbeiterinnen, die jahraus, jahrein, täglich bei jedem Wetter 2—3 Stunden laufen müssen, frühmorgens zur Fabrik und abends wieder heim. Und du bist zufrieden mit dir selber. Du willst ja gern spät in der Nacht noch bei Wind und Wetter herumlaufen, wenn du nur deinen Arbeitskollegen von den Dörfern da oben ein besseres Dasein erringen helfen kannst.

Wieder ein Tag später. Du siehst im „Bähnle“ und lächelt Sagensteinbach zu. Unterwegs steigen die Arbeiter und Arbeiterinnen wieder ein. Ganz voll sind die Wagen wieder. Einzelne fanden drinnen keinen Platz und mußten deshalb draußen auf dem Perron in der kalten Jugluft stehen. Da ärgerst du dich, daß man auf die Arbeiter und Arbeiterinnen, auf deren Fahrgeld man doch angewiesen ist, so wenig Rücksicht nimmt.

Vorsichtig erkundigst du dich beizeiten, welche Station Langensteinbach heißt. In demselben Gegenüber hast du gerade einen Arbeiter von dort. Der nimmt sich deiner liebevoll an und bringt dich wohlbehalten zum Versammlungsort. Dabei erzählt er dir, daß es auch hier mit dem christlichen Verbande tüchtig vorwärts gehe, schon sei die Zahl 140 überschritten. Ehe er von dir geht, um noch etwas zu Nacht zu essen, sagt er noch zu dir: „Ja, wir lassen jetzt vom Verbande nimmer nach, sonst machen sie gar mit uns, was sie wollen. „Drauf wie Blücher“, heißt es jetzt bei uns.“

Freitag Nacht ist's. Dein Vortrag ist beendet, die Diskussion beginnt. Eine ganze Anzahl von Kollegen beteiligt sich daran. Frisch-frei wird diskutiert. Das lebhafteste Interesse am Verband zeigt sich bei jedem einzelnen. Die Versammlung geht bis 12 Uhr. Nachdem die Leute fort sind, gehst auch du. Ab und zu leuchtest du mit deiner elektrischen Taschenlampe, die du erst gestern gekauft, vor dich hin. 1/2 Uhr morgens ist's, als du dich ins Bett legst. Bald schläfst du ein, der lange Weg hat dich ermüdet.

Andere Tages bist du wieder draußen. Reichenbach heißt der Ort.

Aber es geht ein wilder Sturm an diesem Abend, geradezu ungeheuerlich. Auf der Straße zu gehen ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Ein eisiger Wind, vermischt mit Regen, nimmt dir fast den Atem. Dezemberwetter!

Nun bist du im warmen Saale. O weh, denkst du, bei dem Sturm und Regentreiben wird die Versammlung wohl nicht viel sein.

Aber alle Achtung vor den Reichenbacher Kollegen und Kolleginnen! Du bist wirklich ganz angenehm enttäuscht. Stets voller und voller wird der Saal. Auch

Arbeiterinnen sind sehr stark vertreten; ein gutes Zeichen. Es ist kein Wunder, daß dir die Worte frei und leicht von den Lippen fließen. Denn vor einer solch zahlreichen Versammlung von verständigen Leuten zu reden, das macht einem Freude!

Wenn du von Reichenbach fortgehst, dann weißt du auch, daß es dort jetzt schon 180 christlich-nationale Textilarbeiter und Arbeiterinnen gibt, die entschlossen sind, der „Freiheit eine Gasse“ und dem „Rechte eine Mauer“ zu bauen.

Wieder sind 24 Stunden vergangen. Seit 5 Uhr abends bist du unterwegs. Um 6 Uhr soll in Speffart Vorstandssitzung sein. In 1 1/2 Stunden ist diese glücklich beendet. Dabei hast du aber auch erfahren, daß hier die gewerkschaftliche Organisation in der letzten Zeit vollständig geruht hat, weil, weil — — Bürgermeistereiwahl war. Aber die dortigen Vorstandskollegen und auch die anderen Mitglieder sind tüchtige Leute. Die bürgen schon ganz allein dafür, daß die verlorene Zeit reichlich nachgeholt wird und daß Speffart in Bezug auf Mitgliederquantität und -qualität bald mit eine der ersten Stellen des Albtales einnimmt!

Als die nahe Dorfkirche 7/8 Uhr schlägt, bist du schon draußen auf der Straße nach Schöllbrunn zu.

Tapfer schreitest du aus. Schon siehst du einige Lichter. Da bleibst du plötzlich stehen. Mit deiner elektrischen Taschenlampe leuchtest du nach dem Wegrand. Im Strahl des Lichtes siehst du ein großes Christusbild am Kreuze. Unwillkürlich nimmst du den Hut vom Kopf, andächtig liest du den Vers:

„Was will das Kreuz, das hier am Wege steht, Es will dem Wand'rer der vorübergeht Ein mahnend Wort ins Herze sagen: „Für dich ward ich ans Kreuz geschlagen!“

Sinnend bleibst du eine Zeitlang stehen. Dann geht's hastig weiter, die Versammlung in Schöllbrunn muß gleich beginnen.

Ein paar Minuten später bist du in dem schon gefüllten Versammlungsort und freust dich des zahlreichen Besuches. Nach deinem Vortrag erzählt man dir gar viel. Daß man früh morgens schon fort muß und erst nachts wieder heimkommt. Und sonst noch vieles. Auch hier oben ist ein gut christlich-nationaler Boden. 140 sind's schon, die zu uns gehören!

Die Versammlung ist beendet, du müßt wieder fort. Schon hast du manchmal die Hand gedrückt und siehst unter der Tür, da kommt ein treuer Kollege auf dich zu, in der Hand eine Sturmlaterne, um dir zu leuchten.

So marschierst du nachts 12 Uhr, von Vorstandsmitgliedern und anderen Kollegen begleitet, zum Dorf hinaus. Herzlich verabschiedest du dich von den hübschen Leuten und dankst dem Kollegen, der dir geleuchtet. „Auf Wiedersehen“ sagst du und du hoffst es auch.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bremen. Das christliche Gewerkschaftskartell hielt am 14. Dezember v. J. eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher Stellung zum Gewerkschaftsstreit genommen wurde. Kollege Sekretär Dohler erstattete einen ausführlichen Bericht vom außerordentlichen christlichen Gewerkschaftskongress in Essen, welcher mit großem Interesse entgegen genommen wurde. Dem Referat folgte eine anregende Besprechung, in welcher noch manches treffend ergänzt wurde. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 14. Dezember 1912 im Colosseum in Bremen tagende, vom christlichen Gewerkschaftskartell einberufene, gut besuchte Versammlung christlicher Gewerkschaftler erklärt sich nach einem Referat des Sekretär Dohler mit den Beschlüssen des außerordentlichen christlichen Gewerkschaftskongresses einverstanden. Die Versammelten geloben aufs neue, in alter Treue zu den christlichen Gewerkschaften und ihren Führern halten zu wollen. Versammlung ist befristet, allen Gegnern zum Trost, mehr noch als bisher alle verfügbaren Kräfte in den Dienst der christlichen Gewerkschaften zu stellen, um vereint alle Angriffe abzuwehren. Die Versammelten geloben ferner, die alte Waffenbrüderschaft zwischen den konfessionellen Vereinen und den christlichen Gewerkschaften Bremens noch inniger zu gestalten.“

Dresden. Der außerordentliche Kongress in Dresden bildete den Gegenstand einer eingehenden Besprechung in unserer letzten Versammlung. Kollege Thume hat ein ausführliches Referat über das Thema erstattet. Zum Schluß wurde noch die Vorstandswahl getätigt. Die Kollegen Seidel und Gärs wurden per Applikation wiedergewählt und zwar Seidel als Hauptkassierer und Gärs als Schriftführer. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Reibhardt, zum zweiten Vorsitzenden Kollege August Cordes gewählt. Unser langjähriger bewährter erster Vorsitzender Kollege Thume ist inzwischen zum Meister befördert worden. Kollege A. Rod, der bisherige zweite Vorsitzende, wird von hier verziehen. Kollege Reibhardt wohnt Pestalozzieweg 66, Kollege Cordes Stedingstraße. Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß auf der Anoleumfabrik „Unter Marie“ zwecks Ausarbeitung des Lohnsatzes auch Kollegen aus unserer Mitte vom Arbeiter-ausschuß mit hinzugezogen worden seien. Auf der „Wollkammer“ ist unsererseits wenig auszurichten, nur bei den Wahlen zur Krankenkasse könnten auch wir mit in Frage kommen.

Ghenrot (Albtal). Eine sehr gut besuchte Versammlung hatte am Sonntag, den 29. Dez., die Ortsgruppe Ghenrot. Unser Kollege Oskar Kümmele hielt einen Vortrag über „Soziale Wahlen und Arbeiterbewegung“. Mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Interesse folgten die Mitglieder seinen Ausführungen. Auch die Kolleginnen hatten sich dieses Mal recht zahlreich eingefunden. Der Vorsitzende, E. Ziegler, sprach ihnen seinen Dank aus. Kollege Kümmele gab ihnen ein kurzes Beispiel über die Bedeutung der Organisation, und ermahnte sie, auch im neuen Jahre so zu arbeiten, wie im vergangenen. Zum Schluß sangen die Kolleginnen noch einige schöne Lieder und mit frohem Herzen verließen alle die Versammlung.

Gera. Höher geht's nimmer! Gelegentlich der letzten Färbereiarbeiteraussperrung wurden von den Arbeitgebern auch eine Anzahl „Reichstreue“ oder richtiger gesagt Gelbe mit ausgesperrt. Die Abhängigkeit und Ohnmacht der Gelben trat hierbei grell in die Erscheinung. Daß die gelben Vereine weiter nichts sind, als Almosenvereine.

bestätigt uns selbst das gelbe Organ „Nationale Volkszeitung“. Wir lesen nämlich in Nr. 51 unter Vera folgendes:

„In diesen unruhigen Zeiten, sowohl draußen im Weltgetriebe, als auch in der engeren Heimat, ist es uns nationalen Arbeitern eine stille Freude, immer und immer wieder zu erfahren und bekunden zu können, wie die so oft geschmähten Arbeitgeber dennoch ein Herz haben und gern die Hand bieten, wenn es gilt, Schärpen, die im Leben nun einmal nicht ausbleiben, möglichst zu mildern suchen. So auch jetzt wieder. Die hiesigen Färbereien waren auf unser Ansuchen gern bereit, den mit ausgesperrten Mitgliedern unseres Vereins über die wirtschaftliche Not hinwegzuhelfen. Deshalb auch an dieser Stelle herzlich Dank.“

Die Gelben sagen hier selbst, daß Schärpen im wirtschaftlichen Leben nicht ausbleiben. Trotzdem aber nennt man sich „wirtschaftsfriedlich“ — und überläßt die Ausübung der „Schärpen“ den Arbeitgebern und den selbstkündigen Arbeiterorganisationen. Eine schlappere unmännlichere Haltung kann es nicht geben. Damit hat man selbst den „gelben“ Ideen das Todesurteil gesprochen.

Und nun erst die Annahme von Unterstützungen von den Arbeitgebern! Man bedenke: Die Gelben, welche keine Differenzen mit den Arbeitgebern hatten, wurden dennoch ausgesperrt. Die Gelben erhielten von den Arbeitgebern ungefähr die Hälfte des sonstigen Verdienstes (auf Witten und Flehen hin, d. B.) als Unterstützung und sprechen in Gunde demut herzlichen Dank aus. — Wir sind der Meinung, daß sich gegen ein solches Verhalten Berufshehre, Arbeiterstolz und Standesbewußtsein in ehrlicher Entrüstung ausbäumen muß. Kollege Stegerwald erklärte das Programm der Gelben auf unserm Verbandstage in Elberfeld folgenderweise:

„Devotes Verhalten gegenüber den Arbeitgebern, Er-gatterung von Vorteilen auf Kosten der Gesamtarbeiter-schaft.“

Stegerwald hat Recht. Sobald die Gelben ihr knechtiges Verhalten den Arbeitgebern gegenüber aufgeben, entziehen letztere denselben die finanzielle Unterstützung und die ganze gelbe Herrlichkeit liegt ohnmächtig am Boden.

Für uns soll vorstehendes ein neuer Ansporn sein, unsern unabhängigen, christlich-nationalen Textilarbeiterverband zu stärken.

Greiz. Sozialdemokratische Verdrehungskünfte. Die „Reußische Volkszeitung“ gab in Nr. 293 vom 19. Dezember ein Stimmungsbild über die Wiederaufnahme der Arbeit nach der Färbereiarbeiteraussperrung. Selbstverständ-lich geht es in roten Organen niemals ohne Krummbiegen der Wahrheit. So auch hier. Besonders der „Einzug“ bei der Firma Schleber soll eine wahre Demonstration gewesen sein. An den Loren der Fabrik soll der christliche Führer linker Hand mit einer winzigkleinen Anzahl Arbeiter gefanden haben. Den Genossen sei dabei das Radchen überkommen uff. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Nachdem jedoch ein Vertrauensmann der Arbeiter, der den Portier ersucht, das große Tor aufzuschließen, mit der Antwort kam, dasselbe würde nicht geöffnet, begann das Radchen über die Christlichen in eine allgemeine Empörung umzuschlagen. Als nachher sogar vom Hauptkontor das Verhalten des Portiers bestätigt wurde, war die Erregung der Gemüter aufs höchste geflogen. Verschiedene Anrufe wurden laut: wir lehren wieder um, wir gehen wieder heim ufm. Nur den Bemühungen der Vertrauensleute ist es zu danken, daß nicht die große Hälfte wegen solcher frivoler Behandlung ihre Schritte wieder heimwärts lenkte. Nun blieb natürlich nichts weiteres übrig, als einzeln durch die kleine Tür in den Betrieb zu marschieren, und heute werden dieselben Arbeiter, die man gestern nicht einlassen wollte, weil sie nicht nach der Pfeife des Herrn tanzen, genötigt, bis acht Uhr abends Lohnerstunden zu machen und vielleicht auch die kommenden Sonntage zu arbeiten.“

Von dem Geschreibsel ist nur der letzte Satz richtig, welcher beweist, was für ein „herrlicher Sieg“ von den Genossen erfochten wurde und wie die „wahre Demonstration“ in Wirklichkeit genutzt hat. Alles andere ist erlogen und und geschwindelt. Nicht nur stand linker Hand an dem Tore kein „winzigkleines Häuflein Christlicher“, sondern auch rechts stand die ganze Straße voll. Die Genossen dürfen anstehend laut Programm gar nicht nach rechts sehen, sondern müssen immer nach links schielen. Nur so kann man es verstehen, daß man nur linker Hand etwas bemerkt hat. Wahrschein-lich ist aber, daß man die Wahrheit absichtlich auf den Kopf gestellt hat, um seine eigene Blamage zu verdecken. Purer Schwindel und eine grobe Lüge ist es, wenn behauptet wird, die Vertrauensleute des roten Verbandes hätten Mühe gehabt, die Mitglieder am Weitergehen zu verhindern, weil das Tor nicht geöffnet wurde. Das Gegenteil ist richtig. Die führenden Genossen haben die Menge zum Weitergehen aufgefordert. Aber o Graus! Nur zwei jugendliche Arbeiterinnen folgten der Aufforderung. Das Gros der roten Mit-glieder rührte sich nicht vom Fleck, sondern erwartete schnel-luchtsvoll die Wiederaufnahme der Arbeit. Als die roten Führer nun sahen, daß sie sich lächerlich gemacht hatten, kamen sie zurück und „trieben“ die Mitglieder einzeln durch die kleine Tür. So, und nicht anders, endete die Komödie oder richtiger gesagt das Trauerspiel.

Unsere Mitglieder aber, welche sich das ganze Theater angesehen hatten, nahmen die Lächerzeugung mit, daß nur der christlich-nationale Textilarbeiterverband eine ehrliche Interessensvertretung für die Arbeiterschaft bedeute.

Ginsbeck. Unsere rege Agitation für die öffentliche Arbeiterinnenversammlung am 15. Dez. wurde reichlich belohnt, denn trotz Sturm und Regen hatten es sich die Arbeiterinnen und auch die Mütter nicht nehmen lassen, zur Versammlung zu erscheinen. Auch die Mitglieder des katholischen Arbeitervereins mit ihren Angehörigen waren eingeladen und zahl-reich erschienen. Auch die geistliche und weltliche Behörde Ginsbecks hatte der Einladung Folge geleistet. Nachdem der Vorsitzende, Heinrich Ginken, die Versammlung gegen 1/8 Uhr eröffnet hatte, erhielt das Wort die Referentin, Kollegin Gertrud Schwarz-M.-Glabbach, zu dem Vortrage: „Sind die christlichen Arbeiterorganisationen für die Arbeiterinnen eine Notwendigkeit?“ Mit wahrer Begeisterung führte Rednerin der Versammlung, namentlich den Arbeiterinnen und Müttern, vor Augen, daß in der heutigen Zeit, wo auch die Arbeiterin im Dienste der Industrie stehe, wo starke Arbeitgeberverbände sich über ganz Deutschland verbreitet hätten, wo der Terroris-mus und Materialismus der Sozialdemokratie wahre Organe feiere, daß in dieser Zeit es namentlich keine Arbeiterin ver-säumen dürfe, das schützende Dach der christlichen Gewerk-schaften aufzusuchen und nicht aus falschen Sparmaß-nahmen dem Verbande fern zu bleiben. An der Diskussion beteiligten sich die Kolleginnen Heinrich Ginzbeck und Ginzbeck. Ginzbeck, der Herr Pfarrer Anselms, der in der Diskussion das Wort nahm, führte aus, er freue sich, daß die christliche Organisation sich immer mehr ausbreite und er wünsche, daß alle Arbeiter und alle Arbeiterinnen Ginz-



hecks der Ortsgruppe christlicher Textilarbeiter Hinsbecks beitreten.

Welsch i. Vogtl. Vor einiger Zeit hielt unsere junge Ortsgruppe im „Gasthof zur Sonne“ eine Versammlung ab.

NB. Wie uns noch mitgeteilt wird, wollen unsere Beamten von einer gerichtlichen Klage gegen die beiden Genossen, welche sie beleidigten, absehen.

Schlittenbach, (Albtal). „Ueber das Statut“ referierte Kollege Oskar Rümmele am Stephanstage in unserer Mitgliebertagung.

Weissenburg. Die Ortsgruppe Weissenburg des christlich-nationalen Textilarbeiterverbandes hatte vor kurzem zu einem Gewerkschaftsabend Einladung ergehen lassen.

Zur Pflege der Geselligkeit feuerten der Gesangchor des evangelischen Arbeitervereins, sowie der Männerchor des kath. Gesellenvereins und des kath. Kirchenchores eine Reihe von Liedern bei, so daß die Stunden in schönster Harmonie wie im Fluge entschwinden und der Wunsch geäußert wurde, bald wieder einen solchen Abend zu veranstalten.

Willisch. Unsere am 22. Dez. abgehaltene Generalversammlung hätte besser besucht sein können.

**Volkswirtschaftliches und Soziales.**

Die Zahl der Arbeiterinnen in Frankreich ist von dem Arbeitsminister auf eine an ihn ergangene Anfrage sorgfältig ermittelt worden.

Es wird da zunächst zwischen den Frauen, die sich gewohnheitsmäßig bei anderen in Lohndienst geben (Arbeiterinnen, Angestellten, Diensthöfen), und den Hausarbeiterinnen unterschieden, dann der Durchschnittslohn der einen wie der anderen festgesetzt.

Soziale Wahlen. Bei der Gewerbegerichtswahl im M. Gladbacher Bezirk - umfassend die Stadtkreise M. Gladbach und Heydt, sowie die Landkreise Gladbach, Grevenbroich und Kempen am 15. Dezember, errangen die christlichen Gewerkschaften einen glänzenden Sieg über die freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften, die alles daran gesetzt hatten, eine Straßprobe zu leisten.

Urne, während auf die Kandidaten der „freien“ Gewerkschaften 3200 Stimmen entfielen. Es waren 12 Beisitzer zu wählen. Hier von erhielten die christlichen Arbeiter 9 Mandate (bisher 8) und die Sozialdemokratie 3.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Freising wurden abgegeben 202 Stimmen für die Liste der christlichen Gewerkschaften, 453 Stimmen für die sozialdemokratische Liste. Bei der Gewerbegerichtswahl in Reiche erhielt die Liste der christlichen Gewerkschaften 411 Stimmen. Die Sozialdemokraten brachten 105 Stimmen auf. Gegen die Vorwahl ist die sozialdemokratische Stimmwahl zurückgegangen.

Die Gewerbegerichtswahl in Höchst brachte den christlichen Arbeitern zwei, den „Genossen“ zehn Beisitzer. In Freising i. B. erhielt bei der Ortskrankenkassenwahl die sozialdemokratische Liste 2558 Stimmen, die christliche Liste 1648. Auf erstere entfallen 100, auf letztere 64 Vertreter.

**Briefkasten.**

Delmenhorst. Ihr Bericht mußte ganz umgeschrieben werden. Darum die Verzögerung in der Veröffentlichung. Kollege S. R. M. Gladbach. Ihre Zuschrift „Unter dem absoluten Fabrikssystem“ eignet sich nicht zur Veröffentlichung.

Weissenburg (Bayern). Leider hat sich die Veröffentlichung Ihrer Zuschriften etwas verzögert. Ihr interessanter Bericht über die Einwirkung des Balkankrieges auf die Gold- und Silbergepinnste, Draht- und Treppenfäbrication bringen wir in dieser Nummer. Besten Dank dafür.

Nach Cottbus. Von Ihrer Zuschrift bezug der gemeinten Äußerung eines Kollegen auf der Eberfelder Generalversammlung haben wir Kenntnis genommen. Wir haben an Ihren sachlichen Gründen gar nicht gezweifelt. Wir glauben aber auch nicht, daß es von dem betreffenden Kollegen böse gemeint war.

**Versammlungskalender.**

- Altenberg. 19. Jan., 11 1/2 Uhr, bei Sub. Brandt Generalversammlung.
- Barmen. 18. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Martin, Parlamentstr. 1, ordentliche Generalversammlung.
- Detmold. 11. Jan., 1/9 Uhr, bei Rudolf Geratz Generalversammlung.
- Wochst. 12. Jan., 11 1/4 Uhr, im Lokale „Zum Bürgerkrieg“ Generalversammlung.
- Braunschweig. 12. Jan., 11 1/2 Uhr, bei Wilh. Vorderberge.
- Burgwaldbühl. 26. Jan., direkt nach dem Hochamt, bei Jaf. Käfer Generalversammlung.
- Dahlhausen (Wupper). 19. Jan., 2 Uhr, bei Heinrich Ringel Generalversammlung.
- Dülken. 19. Jan., 11 Uhr, bei Ummeln (Markt) außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Ettingen. 12. Jan., 1/3 Uhr, im Gasthaus „Zum Matberg“.
- M. Gladbach-Benn. 19. Jan., 6 1/2 Uhr, bei Peter Hennekes Generalversammlung.
- Greven. 17. Jan., 8 Uhr, bei Wimminghoff Generalversammlung.
- Hardt. 19. Jan., 9 1/4 Uhr, bei Gustav Meyen Generalversammlung.
- Hehu. 19. Jan., 11 Uhr, bei Magdalena Bösch außerordentliche Generalversammlung.
- Holt. 18. Jan., 1/9 Uhr, bei D. Arsz, Generalversammlung.
- Katterherberg. 26. Jan., 11 Uhr, bei Eg. Hermanns, Generalversammlung.
- Leuth b. Kaldenkirchen. 12. Jan., 6 Uhr, bei Albert Houben.
- Lützenwalde. 26. Jan., 3 Uhr, bei Arsz.
- Osbergshausen. 11. Jan., 9 1/4 Uhr, bei Karl Dismann, Wichtbrunn, Generalversammlung.
- Nadolitzell. 12. Jan., 2 Uhr, im Gasthaus „Zum Kreuz“.
- Schlittenbach (Albtal). 25. Jan., 1/8 Uhr, in der „Linde“.
- Soran (N.-S.). 12. Jan., 5 Uhr, im Lokale „Zu den drei Linden“ Generalversammlung.
- Winftrath. 19. Jan., nach dem Hochamt, bei Wilhelm Hermanns außerordentliche Generalversammlung.
- Wegberg. 19. Jan., 11 Uhr, im „Wegberger Hof“ (Wirtschaft Frauen) Generalversammlung.
- Wurfelsen. 19. Jan., 5 Uhr, bei Konrad Schümmer, Generalversammlung.

**Sterbe-Tafel.**

Es starben die Verbandsmitglieder: Heinrich Esters in Kaldenkirchen. Elsa König in Forst i. L. Karl Michel in Barmen. Ehre ihrem Andenken!

**Literarisches.**

Deutsches Fachschulwesen. Herausgegeben von E. Ralomes, 2. Teil. Die Fachschulen für Textilindustrie. Zusammenfassung der Lehrziele, Aufnahmebestimmungen, Unterrichtskosten usw. 7. vermehrte Auflage. Mit einem Beitrag: Der Musterwebstuhl und das Dessinieren auf demselben. Von E. Dittner, Berlin W. 57. Druck und Verlag von D. Dreger, Berlin W. 57, Karlsruherstr. 19. Preis 1.80 M.

Eine neue Ausgabe dieses bekannten und weit verbreiteten Ratgebers für alle, die in die Lage kommen, sich über die vorhandenen Textilschulen orientieren zu müssen, ist stets willkommen. Die vorliegende 7. Auflage zeigt gegen die vorige eine erhebliche Vermehrung und

Verbesserung des Inhalts. Eingeleitet wird dieselbe durch einen Beitrag von E. Dittner in Brunn über den „Musterwebstuhl und das Dessinieren auf demselben“, der von großer praktischer Bedeutung ist. Die bisher noch vorhandenen gewesenen Lücken in der Reihe der Fachschulen Deutschlands sind ausgefüllt, sobald wohl keine Schule mehr fehlt, die über ihren lokalen Wirkungsbereich hinaus in Frage kommen kann. Dazu sind dann noch die deutschen Fachschulen in Oesterreich in städtischer Zahl gekommen, die nach ihrer kürzlich vollendeten Reorganisation sich den Schulen in Deutschland analog zur Seite stellen. Auch eine schweizerische Schule, die Webchule Wattwil ist vertreten.

So können wir das Buch allen denen angelegentlich empfehlen, die sich für das deutsche Fachschulwesen im Allgemeinen und für die Textilschulen im Besonderen interessieren, die österreichischen sind soweit vertreten, als an denselben in deutscher Sprache unterrichtet wird. Alles wichtige über die Lehrziele, die Organisation, die Aufnahmebestimmungen, Unterrichtskosten, Beginn und Dauer der Unterrichtskurse usw. ist aus dem Buch ersichtlich, sobald dasselbe als ein zuverlässiger Führer auf dem großen Gebiete des Textil-Fachschulwesens bezeichnet werden muß.

Wirtschaftspolitische Tagesfragen. Heft 1: Die Zweckmäßigkeit unserer Wirtschaftspolitik. Unter besonderer Berücksichtigung der Agrar- und Eisenzölle. gr. 8° (30) 20 Pfg., postfrei 25 Pfg. M.-Glabdach 1912, Volksvereins-Verlag G. m. b. H. Heft 2: Grundlagen und Regelung der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes. gr. 8° (24) 20 Pfg., postfrei 25 Pfg. M.-Glabdach 1912, Volksvereins-Verlag G. m. b. H.

Die augenblicklich aktuelle Frage der Fleischnöherung hat neuerdings das ganze Problem unserer Lebensmittelversorgung aufgerollt. In dieses sucht Licht zu bringen das vorstehend angezeigte Heft 2 der „Wirtschaftspolitischen Tagesfragen“: „Grundlagen und Regelung der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes.“ Unterjucht werden die hauptsächlichsten Gründe, die zum Anziehen der Lebensmittelpreise vornehmlich im letzten Jahrzehnt geführt haben, und erörtert die Maßnahmen, die von den in Betracht kommenden Faktoren hinsichtlich einer bessern Versorgung unseres Volkes mit Nahrungsmitteln zu treffen sind. Eng zusammen hängt die Frage unserer Lebensmittelversorgung mit unserer gesamten Wirtschaftspolitik. Hat sich diese im Verlauf der letzten 35 Jahre bewährt, und wie weit ist sie in Zukunft beizubehalten? Das ist die Frage, die das 1. Heft der „Wirtschaftspolitischen Tagesfragen“ zu beantworten sucht, und zwar an dem Beispiel der Agrar- und Eisenzölle. Mit der neuen Serie: „Wirtschaftspolitische Tagesfragen“, kommt der Volksverein einem dringenden Bedürfnis entgegen, sofern die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Schulung neben der sozialpolitischen immer mehr sich geltend macht.

Der Geschäftsbericht des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (in Buchform, 250 Seiten stark) ist durch die Geschäftsstelle in Düsseldorf, Kavalleriestr. 22, zu beziehen.

Preis nur 30 Pfg.

Der Geschäftsbericht enthält volkswirtschaftliches Material, wichtige Angaben über textil-industrielle Verhältnisse, Zusammenstellungen und Berichte über die Entwicklung des Verbandes (speziell in den letzten zwei Jahren), Mitgliederbewegung, Finanzgebarung, ein reichhaltiges Tabellenwerk über das Unterstützungswesen, die Geschäftsberichte der Beamten, die Anträge zur Eberfelder Generalversammlung u.

Der Geschäftsbericht enthält zahlreiche praktische Winke für die Agitationsarbeit, er gibt ein klares Bild über die Lage des Verbandes.

Er ist unentbehrlich für alle Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen, von größter Wichtigkeit für alle Mitarbeiter und Mitglieder.

**Inhaltsverzeichnis.**

Wahrheit. - Artikel: Die ideale Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. - Der Umschwung in dem Lebensmittelverbrauch und seine Folgen. - Wie sich die Nachener Textilarbeiter klammern. - Umfang und Kosten der Selbstbehandlung in der Invalidenversicherung. - Fadenbrüche. - Fenilleitou: Eine Lat. - Wie das englische Volk sich selbst regiert. - Allgemeine Rundschau: Waffenstillstand im Saarrevier. - Ein Rückhalt für die Erhaltung christlicher Sitte und Sefinnung. - Eine blühende Konsumgenossenschaft. - Und da sollen die Arbeiter nicht konfus werden. - Die Textilunternehmer sind schlechte Wahrer ihrer zoll- und handelspolitischen Interessen. - „Frei“ gewerkschaftliche Weisnachten. - Die Revisionstätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten in den verschiedensten Bundesstaaten. - Zum Kapitel Fleischnöherung. - Die Förderung der Wohnungsreform durch die Gemeinden. - Aus unserer Industrie: Deutsche Militärtauchelung an die türkische Armee. - Aus den Anfängen des Maschinenzeitalters in der Textilindustrie. - Einwirkung des Balkankrieges auf einige Zweige der deutschen Textilindustrie. - Die Preisbewegung auf den Baumwollmärkten. - Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Sachsen-Thüringen. - Aus unseren Bezirken: Agitations- und Organisationsleben im badischen Albtale. - Berichte aus den Ortsgruppen: Bremen. - Delmenhorst. - Chemot (Albtal). - Gera. - Greiz. - Hinsbeck. - Welsch i. Vogtl. - Schlittenbach. - Weissenburg. - Willisch. - Volkswirtschaftliches und Soziales: Die Zahl der Arbeiterinnen in Frankreich. - Soziale Wahlen. - Briefkasten. - Versammlungskalender. - Sterbe-Tafel. - Literarisches.